Polnische Pressestimmen

Uebersetzungen aus den stets neuesten polnischen Zeitungen aus Kongreßpolen, Posen, Westpreußen u. Oberschlesien auch unter Berücksichtigung der Berliner, Danziger u. westdeutschen polnischen Zeitungen.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis mit Bestellgeld monatlich Mk. 10,00, vierteljährlich Mk. 30.00.

Verlag: „Polnische Pressestimmen". Schriftleitung: Max Bomme.
Druck: Schlesische Volkszeitung, Druckerei und Verlag, G. m. b. H.
Sämtlich in Breslau. Postscheckkonto des Verlags Nr. 28 444.

Nr. 69. Breslau, den 1. Juli 1921. 3. Jahrgang.

Polen am Vorabend einer Finanzkatastrophe. Im laufenden Jahr hat Polen in den ersten fünf Monaten die Zahl der im Umlauf befindlichen Banknoten, die am 31. Dezember 1920 49 Milliarden betrug, verdoppelt.

Politische Umschau.

Der „Dziennik Poznański" äußert über die Programmrede des neuen polnischen Außenministers seine Zufriedenheit.

(„Dziennik Poznański", Posen, vom 25. Juni 1921, Nr. 125.)

Polen als ein Friedensfaktor.

Der Minister des Aeußeren, Herr Skirmunt, hielt gestern vor den Vertretern der Warschauer Presse eine Rede, die manchen ausländischen Begriff von Polen berichtigen würde, wenn sie nach Westen durch den verdorbenen Apparat unsere Telegraphenagenturen und Pressebureaus gelangen wird. Wir wünschen Frieden, und eine friedliche Abwickelung aller Fragen, die noch als Ergebnis des Versailler Vertrages zu regeln sind. Wir wünschen Verständigung und Zusammenleben mit allen Nachbarn, — dies ist der Inhalt der Politik, die Herr Skirmunt angekündigt hat, welcher eben aus dem Westen zurückgekehrt ist, die weltpolitischen Strömungen kennt und weiß, **daß nichts der polnischen Diplomatie im Auslande so schadet, wie der machtlose Partikularismus der Parteien und das Rasseln mit den Säbeln.** Dies alles nutzen unsere Gegner aus, um Polen als einen unersättlichen Imperialismus und als eine Garantie für eine Gährung im mitteleuropäischen Balkan darzustellen. Den Feinden diese Absicht nicht zu erleichtern, muß die erste Hilfe sein, die der neue Minister vom Landtage erhalten wird, als von einem unerschöpflichen Behälter von Resolutionen, und von den verschiedenen Parteien, die wenigstens schweigen und dadurch nicht schaden können, wenn es ihnen schwer fällt, zu sprechen und zu handeln.

Die Politik der Verständigung und des Friedens beabsichtigt Herr Skirmunt auf das Bündnis mit Frankreich, das ein natürliches ist, zu stützen. Mit Befriedigung begrüßen wir also die Erklärung, daß er die Beziehungen zu anderen Mächten des Westens ebenfalls zu einer Form bringen will, aus der sie durch die einseitige Politik gewisser Faktoren noch während des Krieges entgleist ist. **Nicht nur uns selbst, sondern auch Frankreich würden wir den schlechtesten Dienst leisten, wenn das Bündnis mit Polen für Frankreich eine Last wäre, d. h. wenn es eine Mißstimmung zwischen ihm und den Verbündeten verursachen würde. Die Annäherung zu England ist eine Notwendigkeit, die vielleicht unbedingt für diejenigen ist, die Frankreich und Polen durch ein Bündnis vereint, in Europa aber isoliert voneinander gern sehen möchten.** Dies deckt sich mit dem Stillen Wunsch Deutschlands, in der polnischen öffentlichen Meinung wäre es aber eine Verblendung, ebenso wie das Rechnen auf lokale Mißstimmungen unter den Alliierten, als auf prinzipielle und ständige Momente. Die Verständigung mit England muß sich auf dessen Informierung über friedliche und Verständigungstendenzen Polens stützen, vor allem aber auf dessen wirtschaftliche Interessen an der Entwicklung unserer Staatlichkeit. **Der Londoner Posten ist heute der wichtigste von allen, und obgleich Herr Wroblewski gewissenhaft arbeitet, so müßte man an einen erfahreneren Politiker auf diesem Gebiete denken, z. B. an den Fürsten Sapieha, der während seiner Tätigkeit als Botschafter sich eine ansehnliche Stellung und ausgedehnte Beziehungen erworben hat.**

Die Erklärung in der tschechischen Frage, die Herr Skirmunt abgegeben hat, wird alle ebenfalls befriedigen, die die Reiztaktik nicht verstehen, die von manchen polnischen Faktoren, hauptsächlich von seiten der Presse, betrieben wird. Wir müssen die Teschener Ungerechtigkeit empfinden, **Politik stützt man aber nicht auf eine Kränkung, und es ist besser, darüber hinweg zur Tagesordnung überzugehen und sich immer wieder das eine zu sagen, was Gambetta in der elsaß-lothringischen Frage rief:**

Eine Verständigung mit Polen ist für die Tschechen wichtig, besonders aus wirtschaftlichen Gründen. Wir haben hier also über Kompensationsobjekte zu verhandeln und nicht allein über strittige Punkte Gegenklage zu führen, an denen besonders die Krakauer öffentliche Meinung, und zwar von den kleinen populären Blättern bis „Czas" einschließlich Gefallen finden. Herr Skirmunt wird nicht eine Politik des Schmollens oder Aufblasens führen, die der Politik der Bündnisse gegenüber, die Herr Benesch geschickt eingefädelt hat, so schwach ist. Die umsichtige Besetzung der Gesandtschaft in Prag müßte in der Praxis ein Beweis für unser theoretisches Verständnis der Beziehungen zu den Tschechen sein.

Wir berührten einige Punkte des Programms, das Herr Skirmunt entwickelt hat und das an anderer Stelle genauer skizziert ist. Seine Verwirklichung ist von mehreren Faktoren abhängig. Der eine von ihnen, vielleicht der wichtigste, ist die Geschicklichkeit des neuen Ministers, die wir zum Teil als Tatsache ansehen können, da er als Botschafter verstanden hat, gute Beziehungen zu Italien aufrecht zu erhalten, zum Teil aber müssen wir sie bei ihm voraussetzen. **Der geschickteste Minister wird aber nicht viel zustande bringen, wenn es gebundene Hände haben wird, oder wenn seine Politik von Nebenströmungen durchkreuzt werden wird.** Zum Glück können wir annehmen, daß der Sturz des Fürsten Sapieha der letzte Anschlag des Dilettantismus des Landtages auf die Ordnung in der polnischen Politik gewesen ist. Sogar das unruhigste Gehirn muß es verstehen, daß der Außenminister dem Landtage gegenüber verantwortlich ist, daß er aber selbständig sein muß, wenigstens aus dem Grunde, um für etwas verantwortlich sein zu können. Durch Resolutionen macht man keine Politik, dadurch wird sie auch nicht entworfen, wie der letzte Rückzug der Kommission für auswärtige Angelegenheiten in der Wilnaer Frage lehrt. Wenn der Vorfall mit Herrn Sapieha eine weitere Trübung verhindern wird, so wird der Vorgänger des Herrn Skirmunt sagen können, daß er „das Opfer seines Berufes geworden ist", daß er anderen aber die Arbeit unter normalen Bedingungen möglich gemacht hat.

Herr Skirmunt ist nicht Optimist. Besonders in der oberschlesischen Frage macht er uns auf den Unterschied zwischen Ideal und Wirklichkeit gefaßt und begründet seine Vermutungen damit, daß wir ein nicht gleichgestellter Faktor unter den Kräften sind, die über unsere Grenzen entscheiden. Wir wünschen, daß diejenigen die offensichtliche Wahrheit nicht vergessen, die, statt der polnischen Politik Mittel und Wege zu weisen, nur alle Mängel feststellen und — möglichst weit von sich entfernt — die „Schuldigen" suchen. Herr Skirmunt äußerte in einer anderen Form die Gewißheit, daß die Ergiebigkeit unserer Auslandspolitik hauptsächlich von der Kraft abhängt, die der Staat auf die Wagschale der Entscheidung wirft, also von dessen Konsolidierung und Macht. In diesem Sinne ist auch die innere Politik auswärtige Politik. **Man muß daran unaufhörlich erinnern, besonders da im Landtage so vieles getan wird, um das Ausland von unserer inneren Zerrissenheit, also auch unserer Schwäche zu überzeugen.** Eine der Aufgaben des Außenministers wird sein, den Westen zu überzeugen, daß Polen weit mehr wert ist als seine Parteien! Könnte man ihm diese Arbeit nicht erleichtern?

(P. P.)

Die Programmrede des neuen polnischen Außenministers Skirmunt. Der Minister betonte, daß Polen mit Deutschland ebenfalls zu einer Verständigung gelangen muß, da Polen mit Deutschland zahlreiche Bande der Nachbarschaft verbinden. Betreffs der oberschlesischen Frage erklärte der Minister, daß es sehr leicht möglich ist, daß es Polen nicht gelingen wird, sein volles Programm durchzuführen.

(„Dziennik Poznański", Posen, vom 25. Juni 1921, Nr. 125.)

Das Programm des Herrn Skirmunt.

Warschau, 24. Juni. Gestern um 6 Uhr nachmittags versammelten sich auf Einladung des Außenministers Skirmunt die Vertreter der Hauptstadtpresse und die Korrespondenten auswärtiger Blätter im Gebäude des Außenministeriums. Herr Skirmunt hielt an die Versammelten eine Rede, in der er zu Anfang bemerkte, daß er sich vollkommen über die Rolle klar ist, die die Presse in Polen spielt, und daß er angesichts dessen Fühlung mit ihr nehmen will, so daß die Informationen, die die Presse erhält, direkt aus der Quelle kämen und nicht, wie bisher, sich auf Gerüchte stützten.

Weiter ging Herr Skirmunt zur Besprechung seines Programms für die nächste Zukunft über. **Er bemerkte, daß die ganze Welt und auch Polen vor allem Frieden und organisierende Arbeit nötig hat.** Es ist notwendig, daß Europa endlich verstehe, daß Polen in der Tat ein Element des Friedens und der Arbeit ist. Es ist selbstverständlich, daß ein Land, das aus dem Kriege ohne festgesetzte Grenzen hervorgegangen ist, viel Kräfte und Zeit zur Bildung dieser Grenzen verbraucht hat. Die Arbeit in dieser Richtung aber geht schon ihrem Ende entgegen.

Die Teschener Frage ist schon beendet. Zwar ist diese Beendigung für uns schmerzhaft, **aber wir mußten doch einsehen, daß das dauernde Verursachen tieferer Konflikte zwischen dem polnischen und dem tschechischen Volke nicht in unserem Interesse liegt. Im Gegenteil, wir müssen zu einer Verständigung mit dem tschechischen Volke streben, als zwei slawische Völker, die auf demselben kulturellen Niveau in Mitteleuropa nebeneinander stehen. Diese Verständigung mit dem tschechischen Volke ist um so nötiger, als uns mit ihm gemeinsame Interessen zu Rußland, der Ukraine und zu unserem westlichen Nachbarn Deutschland vereinigen.**

Mit Deutschland müssen wir ebenfalls zu einer Verständigung gelangen, da uns mit ihm zahlreiche Bande der Nachbarschaft verbinden. Was die oberschlesische Frage betrifft, so ist sie nicht definitiv entschieden, der Minister aber ist der Ansicht, daß die schärfste Periode der oberschlesischen Frage schon vorüber ist. Der Aufstand des oberschlesischen Volkes befindet sich im Stadium der Liquidierung und wahrscheinlich wird er im Laufe von 10 Tagen vollständig liquidiert sein. Auch die Unternehmung des Generals Höfer wird beendet werden. **Es ist möglich, daß wir auch in dieser Angelegenheit unser volles Programm nicht werden durchführen können. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir nicht ein denjenigen gleichgestellter Faktor sind, die einen Einfluß auf die Erledigung der oberschlesischen Frage haben werden. Unsere Bestrebung muß es sein, daß die die oberschlesische Frage betreffende Entscheidung sich nach Möglichkeit den Anforderungen des Versailler Vertrages nähere.** Dies läßt sich durch die Verbindung des französischen und des englischen Standpunktes erreichen. **Gewisse Schritte hat in dieser Richtung die italienische Richtung getan. Unser Bestreben muß es sein, die Linie des Grafen Sforza möglichst weit nach dem Westen hinauszuschieben, d. h., sie dem französischen Standpunkte näher zu bringen.**

Die Besprechung der litauischen Frage erachtet der Herr Minister als verfrüht, da diese Frage noch nicht reif ist, obgleich sie in Kürze Gegenstand der Beratungen des Völkerbundsrates sein wird.

Endlich betonte der Minister die Notwendigkeit, nähere Beziehungen zu Italien anzuknüpfen. Trotz der Vorfälle, die im Zusammenhang mit dem oberschlesischen Aufstand sich ereignet haben, wird dies nicht schwer sein. Im Laufe seines vierjährigen Aufenthaltes in Italien konnte Herr Skirmunt dort eine feindliche Stimmung gegen Polen nicht wahrnehmen, sogar die kommunistischen Manifestationen, die während der bolschewistischen Invasion stattfanden, waren nicht gegen Polen gerichtet, sondern beruhten vielmehr auf einer ideellen Verbindung der Kommunisten. Minister Skirmunt, der das Verhältnis der italienischen Regierungskreise zu Polen zu charakterisieren suchte, zitierte an einer Stelle die vom Grafen Sforza an ihn gerichteten Worte: „Ihr wißt gar nicht, welchen Schatz ihr im Ausdruck „Polen" selbst besitzt."

Die polnisch-englischen Verhältnisse erwähnend, bemerkte Herr Skirmunt, daß augenblicklich wenig Verständnis für die wahren Bestrebungen des polnischen Volkes einerseits, des englischen Volkes andererseits besteht, daß dennoch ein Ausgleich dieser Mißverständnisse die Aufgabe eines jeden polnischen Staatsmannes sein müßte. Herr Skirmunt fügte hinzu, daß er dies gerade heute dem englischen Botschafter erklärt hat, der ihm einen Besuch abstattete, mit dem Hinweis darauf, daß Lloyd George den Versailler Vertrag unterschrieben hat, ebenso wie Clemenceau, daß also Polen England gegenüber dieselben Pflichten hat, wie auch Frankreich gegenüber.

Zum Schluß erklärte der Minister, daß er seine ganze Politik auf den Bündnissen Frankreichs aufbauen wird. Die jedoch irren sich, die der Ansicht sind, daß dieses Bündnis irgendwelche Merkmale der Aggressivität enthält. Im Gegenteil, der Zweck dieses Bündnisses ist, Europa den Frieden zu sichern.

„Ich komme nach Warschau" — sagte der Minister — „mit dem starken Gefühl der Wirklichkeit; diese Wirklichkeit aber beruht darauf, daß kein Land, besonders aber Polen, sich heut mit einer Mauer von der übrigen Welt absondern kann, und wenn es sich keinen Enttäuschungen aussetzen will, so muß es sich darüber klar werden, wie sich seine eigenen Kräfte zu denen der anderen Länder verhalten. Diese reale Auffassung der Sache erfordert die Führung einer Friedenspolitik," und daher wird der Minister alle Kräfte in dieser Richtung anstrengen.

(P. P.)

Ein neuer tschechisch-polnischer Konflikt in Sicht. Die Tschechen konzentrieren ukrainische Kampforganisationen an der galizischen Grenze.

(„Illustrowany Kurjer Codzienny", Krakau, v. 24 Juni 1921, Nr. 168.)

Die Tschechen konzentrieren ukrainische Kampforganisationen an der galizischen Grenze.

Lublow. Die Nachrichten über die Zusammenziehung ukrainischer Kampforganisationen an der polnisch-tschechischen Grenze bestätigen sich. Aus den slowakisch-polnischen Grenzgebieten wird mitgeteilt, daß alle ukrainischen Abteilungen, die sich seinerzeit auf dem tschechoslowakischen Territorium verborgen haben, gegenwärtig unter Führung deutscher Offiziere im Karpathenland zusammengezogen sind. Mit Hilfe dieser ehemaligen ukrainischen Truppen werden die ukrainischen Kampfformationen in Tschechien verstärkt. Gleichzeitig werden alle Polen, die sich des Vertrauens der Tschechen nicht freuen, von den tschechischen Behörden aus den Grenzgebieten, in denen die verdächtige Zusammenziehung der tschechischen Truppen und ukrainischen Kampfformationen stattfinden, ausgewiesen. **Die verdächtige Bewegung der neuformierten ukrainischen Abteilungen beginnt für die polnische Bevölkerung in den Grenzgebieten gefährlich zu werden.** Bewaffnete ukrainische Banden verüben sogar auf dem Territorium der polnischen Republik Ueberfälle. Letztens wurde aus Stryj mitgeteilt, daß in der Nähe des Dorfes Babinitz eine ukrainische Bande unter Führung eines tschechischen Offiziers gefangen genommen wurde. **Gleichzeitig erscheinen in manchen Gegenden der Lemkowszczyzna ukrainische Emissäre, die inmitten der ruhigen, ruthenischen Bevölkerung Unruhen hervorrufen wollen.** Leuten, die gegen diese Versuche der ukrainischen Agitatoren sind, drohen sie mit Terror und Niederbrennen des Dorfes. Diese Fälle müssen als gefährliche Zeichen der sich auf politischer Basis verbreitenden Agitation betrachtet werden; sie tragen den Charakter einer feindlichen Aktion gegen den polnischen Staat.

(P. P.)

Die politische Rede Dmowskis auf dem Parteitag der Nationaldemokratischen Partei in Posen.

(„Gazeta Warszawska", Warschau, vom 23. Juni 1921, Nr. 151.)

Obiges Blatt bringt ausführlich die Rede des Abgeordneten Dmowski auf dem Parteitag der Nationaldemokratie in Posen. **Dmowski sagte u. a. folgendes: Es gab sehr viele in Polen, die**

nicht daran glauben, daß Posen, Pommerellen und Schlesien einst zu Polen zurückkehren würden. Ich muß sogar behaupten, daß unter den Völkern, auf die wir uns stützten und mit denen wir Bündnisse abschlossen, dieser Glaube ebenfalls sehr schwach war. Anfänglich glaubte man auch dort nicht, daß es sich einrichten lassen wird, daß diese ältesten Gebiete zu Polen zurückkehren können. Wenn dies gelungen ist, so war es nicht nur das Verdienst derjenigen Männer in Polen, die einen festen Glauben besaßen und in dieser Richtung hinarbeiteten, aber ein großes Verdienst unserer Landsleute in Amerika. (P. P.)

Schwebende Fragen.

Die scharfe Opposition gegen das Kabinett Witos. Die Taten des Kabinetts beruhen in der vollständigen Zerrüttung der inneren Verwaltung Polens und in dem überwältigenden Anwachsen der Korruption.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny", Krakau, v. 25. Juni 1921, Nr. 169.)

Das Kabinett Witos bleibt.

Krakau, 24. Juni. Obgleich die Methoden, die der Abgeordnete Dubanowicz anwendet, uns widerlich sind, so können wir uns andererseits für das Verbleiben der Regierung Witos am Steuerruder dennoch nicht begeistern. **Es verfügt in Wirklichkeit über keine dauernde Mehrheit und vertritt auch nicht die geringste Landtagsmehrheit.** Es stützt sich kaum auf ein Drittel dessen Mitglieder, denen auf der entgegengesetzten Seite als geschlossene Mauer die Opposition der Rechten gegenübersteht. In der Mitte blieben diejenigen, die im gegebenen Augenblick dem Antrag der Rechten nicht folgen konnten. Im besonderen läßt sich die zahlenmäßige Gestaltung der Kräfte folgendermaßen darstellen: Im Falle eines Vertrauensvotum würden auf die Seite Witos treten **die Piastenpartei (83), die P. P. S. (33), die Bürgerliche Partei (13) und die Fraktion für Verfassungsarbeit (17) — zusammen also 146 Stimmen; gegen Witos der Nationale Volksverband (78), die Christlich-demokratische Partei (28) und Dubanowicz mit seinen Anhängern (10) — zusammen also 116 Stimmen, also eine entschiedene Minderheit, während ein Drittel des Landtages, d. h. die Nationale Arbeiterpartei (23), Wyzwolenie (28) und die Stapinskipartei (12) sowie die übrigen Abgeordneten des Nationalen Volksverbandes mit Skulski an der Spitze (57), zusammen also 120 Stimmen (außer den Deutschen und Juden) sich der Abstimmung enthalten würden.** Diese Gruppen, obgleich sie einerseits sich eine Regierung Witos nicht wünschen würden, andererseits für nichts in der Welt dem Antrag der Nationaldemokratie gegen Witos folgen, da sie auf diese Weise die Regierung im Staate der Rechten übergeben würden, also einer Partei, die sie noch mehr hassen als die Piastenpartei.

Das Kabinett Witos haben wir nach seiner Bildung mit Freuden begrüßt. Es handelte sich um große internationale Probleme, wie den Frieden in Riga, die Fragen Teschens, Wilnas und Oberschlesiens. Wir wollten unter diesen Bedingungen gegen die Zukunft der Regierung Witos nicht pessimistisch sein.

Wir nahmen eine abwartende Stellung ein, wir erhofften Taten, und diese Taten stellten sich auch ein. Es gehört zu ihnen die vollständige Zerrüttung der inneren Verwaltung und das überwältigende Anwachsen der Korruption. Nicht das Interesse aller Stände, sondern das Interesse der einzigen bäuerlichen materialisierten und in bezug auf Bürgersinn unaufgeklärten Masse ist zur Direktive alles Beginnens des Kabinetts Witos geworden.

Das Fehlen des freien Handels, die Vergrößerung des Schachbretts, der bürokratischen Einrichtungen, Puzapps (amtliche Einkaufsstellen), Zentralen, Ein- und Ausfuhrämter usw. usw. im ganzen Lande, endlich die Absonderung nicht nur des Landes nach außen, sondern auch der einzelnen Kreise im Innern durch eine chinesische Mauer der verschiedensten Erschwerungen im Handel, haben das Leben unsäglich schwer gemacht. Die Regierung Witos hat ein üppiges Gestrüpp der Bestechlichkeit hervorgebracht und ein katastrophales Sinken der polnischen Mark verursacht.

In der auswärtigen Politik erwies sich das Kabinett Witos als ebenso ungeschickt. Es hat es versäumt, unsere Diplomatie entsprechend zu leiten, die wichtigsten Posten der auswärtigen Politik hat er unqualifizierten Leuten anvertraut oder sie überhaupt nicht besetzt. **Es ist ein unerhörter Skandal, daß im Völkerbunde, wo die vitalsten Probleme, die mit dem Dasein und der Zukunft Polens verbunden sind, erwogen werden, die nach der Ausscheidung Paderewskis zweite vakante Stellung, nicht besetzt wurde.**

Unter diesen Umständen wird die Staatlichkeit Polens, statt sich zu konsolidieren, schwächer und zerbröckelt. **Wir machen ein Todesrennen auf einer schiefen Ebene. Sein jede Woche fast beschleunigtes Tempo erfüllt mit Grauen alle Leute, die selbstlos an die Idee der Staatlichkeit gebunden sind.**

Der geschichtliche Moment, der uns dieses Posen schenkte, geht vorüber. Wir aber schauen mit verschränkten Armen auf die im Raume der Zeit verschwindenden Möglichkeiten, die unserem Vaterlande eine Großmachtstellung hätten sichern können.

Wehe uns, wenn der gesunde Kern im polnischen Volke nicht möglichst bald geweckt wird und diese Schädlinge, die das Steuerruder in ihre Hand genommen haben, über alle Berge jagen wird.

Noch einmal, wie so oft, sionalisieren wir ohne Gefahr. Daher verlangen wir ständig die Bildung eines Kabinetts, das aus sauberen und sach- und fachkundigen Leuten besteht, die den Aufgaben des Augenblicks gewachsen sind.

Wollen wir doch erwägen, daß das künstlich erhaltene Kabinett Witos gegenwärtig während der drei Monate dauernden Ferien ohne jedwede Kontrolle bleiben wird. Da wir die verhängnisvollen Folgen einer derartige nunverantwortlichen Politik voraussehen, so wünschen wir daß die Zukunft uns falsche Prophezien nennen möchte. (P. P.)

Polnische Wirtschaft in der polnischen Eisenbahnverwaltung. Jeder Beamte benutzt Salonwagen für seine Privatreisen, ja es gab sogar Fälle, daß Generäle ihre Möbel vermittels Salonwagen überführen ließen.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny", Krakau, v. 26. Juni 1921, Nr. 170.)

Salonwagen für jedes Gesindel.

Das Ruinieren des Staatsschatzes und der Staatsbahn. — Wann wird das überhaupt ein Ende nehmen.

Krakau, 24. Juni. **Wiederholt haben wir von dem unerhörten, nirgends geübten Herumfielens jeglichen Gesindels in den Salonwagen geschrieben. Das, was bei uns in Polen geschieht, übersteigt die üppigste Phantasie.** Während zur Zeit der kaiserlichen Regierung die Salonwagen ausschließlich für den Gebrauch der höchsten Würdenträger des Staates bei dienstlichen Reisen bestimmt waren (sogar der österreichische Thronfolger erhielt kaum ein halbes Abteil erster Klasse zu seiner Verfügung), **fahren heut im Salonwagen bei uns die Gouvernanten der Abgeordneten und Beamten (!!!) nach der Sommerfrische, so daß es z. B. geschah, daß in Chadowka vom Zuge drei überfüllte Waggons abgekuppelt und über Nacht auf der Station stehen gelassen wurden, da der Zug nicht imstande war, sie bis nach Jakopanne zu bringen, da er von zwei Salonwagen belastet wurde, in denen einige Unterbeamte fuhren (!!!).**

Bei der Volksregierung in Polen sind wir zu unerhörten Dingen angelangt. In Salonwagen reist bei uns nicht nur irgend ein Minister in seinen privaten Angelegenheiten, nicht nur die Frau Minister, sondern fast jeder Bote beim Ministerium.

Der Herr Eisenbahnminister, der mit seiner Frau fährt, reserviert für seine bessere Hälfte einen besonderen Wagen. **General Brzozowski ließ, wie Warschauer Blätter mitteilen, im Salonwagen Nr. 202 seine Wohnungsmöbel nach Nowy Sacz transportieren.**

Eine ganze Reihe anderer Würdenträger verwendet Salonwagen zur Beförderung ihres Hausinventars, Lebensmittel usw. Jeder bessere Wagen wird zu einem Salonwagen umgebaut. Die Eisenbahnwerkstätten sind mit derartigen Umarbeitungen überlastet. **Dies kostet Milliarden, der Staatsschatz hat Verluste, die Eisenbahn wird überlastet, die an jedem Salonwagen Hunderttausende monatlich verliert.**

Ein Durchschnittsbürger drückt sich oft mit einer Fahrkarte erster Klasse im Durchgang des Wagens herum, während im Nachbarwagen eine privilegierte Persönlichkeit sich allein in einem ganzen Wagen breit macht. Natürlich kann er zu sich in den Salonwagen Freunde, oder sogar auch Freundinnen einladen, aber das nennt sich schon Privatangelegenheit.

Darf man sich dann wundern, daß die Eisenbahner, die solche unerhörte Verschwendung auf den Eisenbahnen sehen, entrüstet sind und nicht glauben wollen, daß der Staatsschatz eiligeres zu tun hat, als den Eisenbahnern die Löhne zu erhöhen.

Dieser unerhörte Mißbrauch der Salonwagen ist **eine Herausforderung der Bevölkerung. Es wird soweit kommen, daß die erbitterten Massen die Freunde der bequemen Reise auf den Stationen auflauern und mit Stöcken aus den Wagen jagen werden.** Dies wird wohl endlich Ordnung einführen.

Wer fährt im Salonwagen? Endlich ist die Warschauer Presse auch unserem Beispiel gefolgt und beschäftigt sich auch mit dieser Angelegenheit. Wir finden bei ihr eine genaue Liste der Salonwagen, die im Laufe von vier Tagen (vom 13. bis 16. Juni) von Warschau abgingen und dort eingetroffen sind. Wer war es?

Es waren: Abg. Rajca, der Verein der Polinnen, Dr. Godlewski (zweimal), General Gawronski, Herr Kaluski, Herr Kucharski, Herr Morkowski, Oberst Berber, Herr Miller, Herr Pelzer, Herr Dobrzycki, Direktor Landberg und Frau Landsberg einen Wagen, Herr Glaß, Herr Makinowski (zweimal), Herr Zajaczkowski, Herr Pissarek, Herr Korzon usw., jeder von ihnen hatte einen besonderen Wagen.

Diese Leute also fahren im Salonwagen. **Großartig ist dieser demokratische Volksabgeordnete Herr Rajca, der einen Salonwagen nicht entbehren kann.** Und wer sind alle diese Glaß, Pelzer, Miller, Berber, Zajadzkowski usw.?

Wir verlangen von ihnen, daß dieser brutalen Herausforderung endlich einmal ein Ende gemacht werde. **Wenn die Regierung nicht soviel Takt besitzen wird, den ungeheuren Appetit dieser ganzen ehrlosen Phalanx zu vermindern, so wird die Bevölkerung selbst sie lehren, wie man öffentliche Gelder schont.** Wir erinnern auch daran, daß im Landtage schon längst eine Interpellation über den Mißbrauch der Salonwagen eingebracht worden ist, aber offenbar scheint diese Angelegenheit weder der Regierung noch dem Landtage eilig genug zu sein. Daß sie für die Erwähnten nicht allzu eilig ist, glauben wir schon, sonst würde irgend ein Rajca seine Vergnügungsfahrten einstellen müssen. Wir haben es aber sehr eilig und verlangen, daß darüber sofort verhandelt und daß Ordnung eingeführt werde! (P. P.)

Polnischer Landtag.

Ein Dringlichkeitsantrag der polnischen sozialistischen Partei in Angelegenheit der blutigen Ereignisse in Bromberg. Die Partei fordert strenge Bestrafung der Polizei, die Nachlässigkeit gegenüber den Pogromen geübt hat.

(„Dziennik Poznański", Posen, vom 25. Juni 1921, Nr. 135.)

Obiges Blatt berichtet aus Warschau nach dem E. E., daß die Wyzwolenieparteі einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, der die Vorlage einer neuen Wahlordination und des Budgets vor dem 1. August fordert.

Der Landtagsabgeordnete Niedzalkowski brachte einen Dringlichkeitsantrag in der Angelegenheit der Ausschreitungen in Bromberg ein, der die Durchführung einer strengen Untersuchung in der Angelegenheit der Ereignisse in Bromberg und eine strenge Bestrafung der Polizeiorgane, die der Nachlässigkeit gegenüber den Pogromen schuldig sind, fordert. (P. P.)

Die neue Landtagsmehrheit für das Kabinett Witos.

(„Dziennik Poznański", Posen, vom 25. Juni 1921, Nr. 125.)

Der Landtag.

Die gestrige Sitzung des Landtages hat eine Unterstützung der Regierung durch eine starke Mehrheit gezeitigt, die sich aus allen größeren Parteien zusammensetzt, dem nationalvölkischen Verband, und die kleine Gruppe des Herrn Dubanowicz ausgenommen, die sich mit der Christlichdemokratischen Partei unter der Firma „nationales Zentrum" verbunden hat. **Eine Opposition bilden die zwei obigen Gruppierungen und führen sie in einer Weise, die eine Besprechung erforderlich machen wird.** Heut wollen wir nur bemerken, daß der Verband, der von der Mehrheit überstimmt wurde, **durch Vermittelung eines seiner Abgeordneten erklärte, daß er das vom Landtage eben beschlossene Gesetz als ungiltig und nicht verpflichtend betrachtet. Eine Meinung darüber auszusprechen behalten wir uns bis zur Veröffentlichung genauerer Berichte vor, indem wir wünschen, daß solche Art und Weise der Oppositionsführung sich als ein Mißverständnis erweise.** (P. P.)

Danziger Angelegenheiten.

Die polnische Politik der Freistadt Danzig gegenüber.

(„Przegląd Wieczorny", Warschau, vom 20. Juni 1921, Nr. 135.)

Der Hafer und die Peitsche.

Herr Maciej Biesiadecki, der Vertreter des polnischen Staates beim Danziger Senat, begibt sich in längeren Urlaub. Laut glaubwürdigen Gerüchten wird er von diesem Urlaub auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren. Aus diesem Grunde werden noch einmal, und zwar ganz deutlich, zwei Ansichten hervorgehoben, in welcher Weise Polen die freie Stadt Danzig zu behandeln hat. Julius Andrassy (Vater), der als typischer Magyar sogar auf dem Gebiete der Politik Vergleiche mit Pferdeställen anstellte, pflegte zu sagen, daß man die Völker und Staaten entweder mit Hafer füttern oder mit der Peitsche behandeln muß. Am besten sei es, beide Mittel abwechselnd anzuwenden. **Auch in der polnischen Politik Danzig gegenüber besteht die einzige Tendenz, daß Polen die Danziger ohne Rücksicht auf ihr Verhalten Polen gegenüber bereicherte.** Die Anhänger dieses Systems behaupten, daß die Danziger solch einer Bereicherung auf Kosten Polens auf dem Geschmack gekommen sind, befürchten werden, diese Einnahmequelle zu verlieren und sich dann von Polen mehr kümmern werden. Die Anhänger der zweiten Tendenz sagen, daß die erste irrig ist, denn die Danziger, die gewohnt sind, Reichtümer aus Polen zu schöpfen, trotzdem sie dieses Polen geringschätzen, es auf jedem Schritt und Tritt schädigen, seine Bürger in den Straßen der Stadt prügeln, seine Beamten mißachten, und wenn diese durch das Territorium der freien Stadt Danzig fahren, so entreißen sie ihnen die Sträflinge, die sie mit sich führen — sie werden sich auch daran gewöhnen, es weiter geringzuschätzen, wenn Polen es ihnen gestatten wird, auf seiner Nase herumzutanzen. Daher erfordert diese zweite Richtung die Anwendung an der Freien Stadt Danzig, ihren Behörden und sogar eventuell ihrer Bevölkerung aller Vergeltungsmaßregeln.

Die erste Richtung, die von Herrn Biesiadecki unter dem Einfluß des eigenen Temperaments vertreten wurde, der zur Versöhnung geneigt war, hat vollständig enttäuscht. Polen hat seit dem Anfang der Trennung Danzigs vom Deutschen Reich dieser Stadt gegenüber Zuvorkommenheit bewiesen und ist ihr in allen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten entgegengekommen. Indessen hatte Danzig dank dem Einfluß des preußisch-altdeutschen Klicke kein Dankbarkeitsgefühl für Polen übrig gehabt, sondern wahm eine herausfordernde Stellung ein und schädigte Polen. Es ist nicht die geringste Garantie dafür vorhanden, daß diese Methode der Zugeständnisse, der Zuvorkommenheit, der Bereicherung Danzigs auf Kosten Polens bessere Resultate als bisher zeitigen könnte.

Aber auch die zweite Richtung, die darauf beruhen würde, der preußisch-altdeutschen Klicke in Danzig Gutes mit Gutem zu vergelten und eine Revanchepolitik zu führen, verdient nicht empfohlen zu werden. Denn es ist eine negative Politik. Sie bedarf viel Staatsenergie, ohne etwas Positives zu schaffen. **Es ist klar, daß sie zu vielen Triumphen führen würde, zugleich aber auch die Spannung und die Gereiztheit steigern würde. Die Triumphe würden Polen nichts einbringen, die Gereiztheit aber würde in Danzig einen großen Lärm verursachen.**

Daher ist eine dritte Richtung zu empfehlen, die darauf beruht, daß Polen sich Danzig nicht bedient. **Man muß in Pommerellen Eisenbahnen bauen, die einen freien Verkehr mit dem polnischen Ufer des Baltischen Meeres gestatten werden, ohne durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig fahren zu müssen. Die Arbeiten am Hafen in Gdynia müssen fortgesetzt werden, die die Deutschen in Danzig so beunruhigen, ferner muß man im Maße der Sanierung der polnischen Finanzen an den Bau eines anderen polnischen Hafens und an die Errichtung eines Weichselkanals bis an das Meer denken.** Da Danzig nicht ein polnischer Hafen sein will, da die Danziger Deutschen auf jedem Schritt und Tritt bei der Berührung mit Polen uns gegenüber feindliche Gefühle an den Tag legen, so muß man Danzig und die Danziger Deutschen umgehen und eigene Eisenbahnen, Häfen und Kanäle schaffen. Dies wird eine positive und schöpferische Friedenspolitik sein. (P. P.)

Die Kritik der Politik der polnischen Regierung gegenüber der Freistadt Danzig durch die linksstehende Presse.

(„Kurjer Polski", Krakau, vom 18. Juni 1921, Nr. 162.)

Die Danziger Frage.

Danzig liegt näher zu Warschau als zu Berlin, **was aber die Verbindung anbetrifft, so liegt Berlin näher als Warschau.** Die Reise aus Danzig nach Berlin und umgekehrt ist etwas angenehmer, **sofern die polnischen Behörden im Korridor keine Ueberraschungen bereiten. Die Reise aus Warschau nach Danzig ist ein Unternehmen, vor dem sogar die Mutigen Angst haben. Die großen Revisionen in Kirchen, die sinnlose Abnahme von silbernen Schillings den Engländern, die aus Polen kommen und die sie höchstwahrscheinlich selbst aus England nach Polen gebracht haben, sind kleine Illustrationen der Reise aus Warschau nach Danzig und umgekehrt. Unsere polizeiliche Reglementation erschwert die Reise zwischen Danzig und Polen. Berlin erleichtert die Reise zwischen Danzig und Berlin.** Es liegt in unserem Interesse, daß man aus Danzig nach Warschau angenehm vier Stunden fahren müßte und darum halten wir es für sehr zweckmäßig, **daß mit den Deutschen ein Vertrag geschlossen werde, dem zufolge die Züge aus Warschau nach Danzig über Mlawa und Ostpreußen gehen könnten.** Die gegenwärtige Linie über Thorn müßte als Reservelinie betrachtet werden. **Wer weiß, ob Ostpreußen auf solche Weise mit der Zeit nicht in den Kreis der wirtschaftlichen Interessen Polens hereingezogen werden könnte. Unsere polizeiliche Handlungsweise in den wirtschaftlichen Gebieten setzt uns der Gefahr aus, daß unsere maßgebenden Faktoren die polnischen Beziehungen mit Danzig vielleicht zu wenig in Betracht ziehen werden.**

Es ist selbstverständlich, daß es für uns von größter Bedeutung ist, daß sich die Polen in Danzig niederlassen möchten; auf solche Weise würde die Zahl der Polen in Danzig steigen. **Wir dürfen aber nicht Danzig mit der Parole kommen: die Danziger aus Danzig zu vertreiben.** Unsere Handelsentwickelung müßte sich auf die Kooperation der Bevölkerung von Danzig und auf die Polen, die sich in Danzig niedergelassen, stützen. Die Polen, die nach Danzig kommen, müßten Förderer der guten Geschäfte für die Danziger Bevölkerung und für die Kaufmannschaft in Danzig sein.

ist unser Wunsch, daß die Regierung sich wie am wenigsten die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Danzig beeinflußt und der Stabilisierung dieser wenig helfe. Wir wollen eine gute Verbindung zwischen Warschau und Danzig herstellen und den Rest werden die natürlichen Bedingungen tun

(P. P.) Rytken.

Die polnische Presse über die Entscheidung des Völkerbundes betreffend der Verteidigung Danzigs.

Die Verteidigung Danzigs ist durch den Völkerbund zu Ungunsten Polens entschieden worden. Dies darf nicht überschätzt werden, denn für den Fall einer Gefahr wird Polen wissen, welche Schritte zu unternehmen sind, damit Danzig keinen Schaden erleidet.

(„Dziennik Poznański", Posen, vom 26. Juni 1921, Nr. 126.)

Die Verteidigung der Stadt Danzig.

Der Völkerbund hat die Verteidigungsfrage Danzigs durch Polen entschieden. Die kurze Depesche, die aus der Agentur Pat stammt, besagt, daß Polen das Recht haben wird, Danzig nur dann zu verteidigen, wenn es vom hohen Kommissar des Völkerbundes dazu aufgefordert werden wird. **Der Völkerbund wird außerdem das Recht haben, Polen einem anderen Staat zur Hilfe in der Verteidigungsfrage zu geben. Damit schließen die bisherigen Informationen. Wenn man den Genauigkeiten dieser Informationen glauben kann, so ist das Verhältnis des Völkerbundes zum Versailler Vertrage in der Danziger Frage ein derartiges wie das der russischen Beamten zum Gesetz des Zaren.**

Wenn in diesen Gesetzen eine Spur des Freisinns war, so hat der Vollstreckungsbefehl in der Praxis diese Spur verwischt.

Laut diesen Informationen hat der Völkerbund Polen das Verteidigungsrecht von Danzig zugesprochen; denn er konnte nicht zur Tagesordnung übergehen und den Versailler Vertrag außer acht lassen, er hat dies Recht von der Entscheidung des hohen Kommissars abhängig gemacht. Man hat dabei die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherheit auf dem Terrain der freien Stadt mit seiner Verteidigung im Falle eines Angriffs von außwärts verbunden. Man könnte denken, der Völkerbund vermute, daß die Danziger Polizei in gewissen Fällen für die Verteidigung der freien Stadt vor den Feinden ausreichen würde. Der Völkerbund hat diesen Unsinn höchstwahrscheinlich der schlechten Ausdrucksweise zu verdanken, **es bleibt jedoch Tatsache, daß die Initiative für die Verteidigung der Stadt Danzig von dem hohen Kommissar, nicht von Polen ausgehen soll, und daß sein Vorschlag unseren Staat zur Ausführung seiner Begnisse berechtigt.** Wir wünschen es, daß die Notwendigkeit, Danzig zu verteidigen, möglichst selten vorkommen möchte, **wir vergessen aber nicht, daß der jemals regierende hohe Kommissar z. B. die Ansicht des gegenwärtigen Generals Hacking teilen kann, der der Ansicht ist, daß man die deutschen Truppen im polnischen Korridor mit Freuden begrüßen würde.** Die Bevölkerung des Korridors hat wohl gegen diese Insinuation protestiert, dies hat aber die Meinung des Herrn Hacking nicht geändert und somit bleibt die Frage offen stehen, ob die hohen Kommissare immer den deutschen Angriff auf Danzig als einen genügenden Grund für die Verteidigung der Stadt durch Polen betrachten werden. Die hohen Kommissare werden noch längere Zeit aus der Mitte der englischen Armee ernannt werden, denn es spricht nichts dafür, daß der Völkerbund endlich nicht mehr das Werkzeug Englands sein, und daß England seine freundliche Stellungnahme zu Deutschland ändern wird.

Solch ein Pessimismus geht vielleicht zu weit, niemand wird ihm aber die Begründung absprechen, wär die Stellungnahme Englands zu der oberschlesischen Frage und sogar die Stellungnahme Deutschlands gegenüber verfolgt hat. Die reale Politik Englands wird jeden tatsächlichen Stand, der dem englischen Staat in Danzig die entsprechenden Einflüsse sichern wird, annehmen. Man braucht sich darüber nicht wundern und es liegt auch kein Grund zu Klagen vor, was in der Politik wenig zu bedeuten hat. Man muß aber mit der Stimmung rechnen, die sich im Völkerbund bemerkbar macht, in dem doch Professor Askenazy dem Abgeordneten Englands sagen mußte, daß Polen ein gleichberechtigtes Mitglied des Bundes ist und das Recht hat, Kritik zu üben, falls ihm Unrecht getan wird.

Die Verteidigung Danzigs ist durch den Völkerbund formell erledigt worden und mit der Tendenz, unser Recht nach Möglichkeit zu beschränken. Wir rechnen wohl mit dieser Tendenz, brauchen aber nicht ihren Einfluß auf den tatsächlichen Sachstand zu überschätzen, der dann entstehen könnte, wenn Danzig tatsächliche Gefahr drohen würde.

Diese Gefahr wird jedenfalls nicht der hohe Kommissar selbst, sondern Polen beurteilen, und es wird wissen, welche Schritte dann zu unternehmen sind, damit Danzig keinen Schaden durch die bureaukratische Prozedur zwischen dem hohen Kommissar und dem Völkerbund trage. Es ist das wichtigste bei der Sache, daß die Unabhängigkeit Danzigs keinen Schaden davon trage und daß der Versailler Vertrag in dieser Richtung durch Polen mit der Waffe in der Hand aufrecht erhalten wird. **Polen wird seine Rechte durchführen und bestimmt die Anerkennung vom Völkerbund sogar dann erhalten, wenn der hohe Kommissar mit seinem Bericht beim Völkerbund zufällig zu spät kommen und wenn Danzig von uns verteidigt werden sollte, bevor der hohe Kommissar und der Völkerbund gegenseitig die Formulare ausgetauscht haben.**

Momentan handelt es sich hauptsächlich um die Verteidigung auf dem Kontinent, da die Verteidigungsfrage zur See verschoben wurde, **und zwar in der erprobten Weise, wenn unsere Rechte beschränkt werden sollen.** Momentan ist dies eine zweitrangige Sache, in dem doch nur eine deutsche Armee und keine Flotte herrscht. Professor Askenazy hat seine Aufgabe gut erfüllt, indem er die Entscheidung des Völkerbundes trocken zur Kenntnis genommen und seine Zufriedenheit nicht zum Ausdruck gebracht hat, wie dies die Vertreter Danzigs, die Preußenfreunde getan haben. Dieser Freude der erwähnten Vertreter legen wir keinen Wert bei, denn sie charakterisiert das Verhältnis des Beschlusses des Völkerbundes zu dem von dem Preußen behaften Versailler Vertrage. **Die Verteidigungsfrage Danzigs entscheiden die Praxis des Lebens und die tatsächliche Kraft Polens am Meere und mit solchen Mitteln verteidigen wird, um den Versailler Vertrag aufrecht zu erhalten und keinen Schaden in seinen elementaren Interessen zu tragen.** (P. P.)

Wirtschaftspolit. Nachrichten.

Die Notierungen der Schwarzen Börse vom 22.

(„Naród", Warschau, vom 25. Juni 1921, Nr. 167.)

Von der schwarzen Börse.

Die letzten Notierungen auf der nichtoffiziellen Warschauer Börse waren folgende: Deutsche Mark 22, 50, 22, 40; Dollar 1495, 1480, 1470, Franken 125, 121, 118, 115, Pfund 5800, 5750, Wiener Kronen 225, Zarenrubel 500ter Scheine, 325, Hunderter, 325, Schwedische Kronen 3, Goldrubel 680, 650, 670, Goldmark 315, 305, Silberrubel 320, 305. (P. P.)

Die Notierungen der Schwarzen Börse vom 25. Die deutsche Mark wurde mit 23 polnischen notiert.

(„Naród", Warschau, vom 22 Juni 1921, Nr. 164.)

Von der schwarzen Börse.

Die letzten Notierungen von der nichtamtlichen Warschauer Börse waren folgende: Deutsche Mark 23—22, Dollar 1540—1535, Frank 123—127, Pfund 5800, Sowjetrubel für 100—6,60, Karbowaniec für 100—4, Rubel in Gold 680, Mark in Gold 315, Frank in Gold 285, Silberrubel 316, Silberkronen 96, Silberfranken 96, russ. silberne Scheidemünze 96. (P. P.)

Die Ergänzung des polnischen Kompensationsvertrages mit Oesterreich.

(„Naród", Warschau, vom 22. Juni 1921, Nr. 164.)

Die Ergänzung des Kompensationsvertrages mit Oesterreich.

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juli d. Js. wird die Ausfuhr aus **Polen von Erdöl und Erdölprodukten und zwar folgendes Quantum nach Oesterreich gestattet sein: 3000 To. Erdöl, 3500 To. Benzin, 300 To. Paraphin und 3000 To. leichte Erdöle. Oesterreich wird anstelle dessen ohne Ausfuhrgebühren liefern: Eisen, Stahl, Draht, Maschinen, Blech, Röhren, Schienen usw.** (P. P.)

Die Ursachen des kolossalen Sturzes der polnischen Mark sind in der enormen Emission von polnischen Marknoten zu suchen. Die allgemeine Summe der Banknoten ist im Vergleich mit dem Stand bei Schluß des verflossenen Jahres um mehr als 74 Prozent gestiegen,

(„Przegląd Wieczorny", Warschau, vom 20. Juni 1921. Nr. 135.)

Weshalb sinkt die polnische Mark?

Die polnische Mark sinkt, sie sinkt gewaltig. Die Kurse der ausländischen Valuten, wie bewiesen, erreichen eine noch nie dagewesen Höhe.

Es entsteht die Frage, wo steckt eigentlich der Grund dieses gewaltigen Sinkens. Unsere wirtschaftlichen Konjunkturen gestalten sich doch mit jedem Tage immer günstiger. Unsere Industrie lebt wieder auf. Unsere landwirtschaftliche Produktion gibt die besten Hoffnungen. Das aufmerksame Auge eines unparteiischen Beobachters bemerkt auf Schritt und Tritt, daß unsere organisatorische Arbeit auf jedem Gebiet zum Vorschein kommt. Das ist viel, sehr viel.

Es ist Tatsache, daß trotz der Gegensätze, die ruhige unermüdliche Arbeit siegt, deren Ergebnis schon jetzt hier und da bemerkbar sind. Das ist das Verdienst der ruhigen, bescheidenen Leute, die oft sehr weit vom politischen Schacher stehen.

Und doch . . . die Hauptursache des Sinkens unserer Valuta ist die enorme Emission von polnischen Marknoten. Die allgemeine Summe der Banknoten im Vergleich mit dem Stand beim Schluß des verflossenen Jahres ist mehr als um 74 Prozent gestiegen. Es ist sehr einfach, daß die polnische Mark unter solchen Umständen fällt und daß die fremden Valuten gleichzeitig steigen.

Die Spekulationstendenzen, der große Verbrauch von ausländischen Valuten für die Deckung des Imports, des oft überflüssigen, die Tätigkeit der schwarzen Börse und die Spekulationen unserer Banken tragen sehr viel zum Sinken unserer Valuta bei. Die überaus großen Kosten für die Arbeit, die Orgien der Schieber, die Ausbeutung der Produzenten, verursachen die überaus hohen Unkosten der Produktion und stehen in gar keinem Verhältnis zum Wohlstand der Konsumenten. Der Konsument, der das Gleichgewicht für sein Budget sucht, verlangt eine Erhöhung. **Es entsteht ein verwunschener Kreis, ein halsbrecherisches Jagen und im Resultat folgt das gewaltige Sinken der polnischen Valuta. Das sind die wichtigsten Gründe, die das Sinken unserer Valuta verursachen.** (P. P.)

Die erste wertvolle Statistik über den polnischen Handel mit dem Auslande.

(„Dziennik Gdański", Danzig, vom 24. Juni 1921, Nr. 145.)

Der statistische Ausschuß des Hauptamtes für Ein- und Ausfuhr gibt zum ersten Male eine wertvolle Statistik des polnischen Handels mit dem Ausland heraus (Sowohl für Waren für die eine Genehmigung nötig ist, als auch von der Ein- und Ausfuhrgenehmigung für freie Waren für Monat Januar 1921.)

Die Zusammenstellung ist folgende:

	Einfuhr schweiz. Fr.	Proz.	Ausfuhr schweiz. Fr.	Proz.
Lebende Tiere	6 320	—	—	—
Lebensmittel u. Tabak	15 506 794	13,35	2 090 190	21
Rohmaterialien	8 768 553	7,55	2 924 033	29
Halbfabrikate	4 949 163	4 30	2 380 900	23
Fertige Erzeugnisse	86 941 758	74,80	2 745 312	27
Zusammen	116 172 543		10 140 935	

Schließung der Wechselstube in Krakau durch den polnischen Staat.

(„Ilustrowany Kurjer", Codzienny Krakau v. 24. Juni 1921, Nr. 168.)

Die Schließung der Wechselstuben von Halberstadt und Kahane in Krakau.

Verschiedene Wechselstuben und kleine Bankunternehmungen, deren Zahl sich in Krakau in der letzten Zeit sehr vergrößert hat, **haben sich viele Mißbräuche zuschulden kommen lassen.** Das Finanzministerium hat angesichts dessen seinerzeit angeordnet, daß alle kleineren Finanzinstitutionen eine besondere Genehmigung vom den entsprechenden Behörden, für die Führung ihrer Interessen haben müssen.

Das Finanzministerium hat die Eingaben der Interessenten nach genauer Prüfung berücksichtigt, oder auch die Liquidierung des in Betracht kommenden Finanzunternehmens angeordnet.

Es sind seinerzeit auf solche Weise schon einige Wechselstuben geschlossen worden. Gegenwärtig hat das Finanzministerium, wie wir jetzt erfahren, die Liquidierung von zwei Wechselstuben von Kahane und Halberstadt angeordnet.

Kahane muß seine Wechselstube bis zum 4. Juli, Halberstadt bis zum 2. Juli schließen. In der nächsten Zeit sollen noch weitere Wechselstuben geschlossen werden. (P. P.)

Polen am Vorabend einer Finanzkatastrophe. Im laufenden Jahre hat Polen in den ersten fünf Monaten die Zahl der im Umlauf befindlichen Banknoten, die am 31. Dezember 1920 49 Milliarden betrug verdoppelt.

(„Dziennik Poznański", Posen, vom 24 Juni 1921, Nr. 125.)

Eine schwierige Lage.

Wir stehen vor einer für die ganze polnische Republik sehr bedrohlichen Lage, einem krankhaften Zustande, der einer sofortigen Heilung unterzogen werden muß, wenn er folgenschwer die Fundamente unseres staatlichen Daseins nicht bedrohen soll.

Ich habe hier den Stand der Entwickelung unserer Staatsfinanzen im Sinne. Die Lage, die sich durch das dauernde Ausgeben neuer Serien vom Umlaufswerten, in immer mehr anwachsenden Mengen herausgebildet hat, ist so schwierig für unser Wirtschaftsleben, daß es einfach keinen Menschen gibt, der es wagen würde, unser Finanzministerium weiter zu leiten.

Für den bisherigen Verlauf der Dinge ist in erster Reihe der Landtag verantwortlich. Seine Passivität in bezug auf das Budget und das ganze Finanzwesen überhaupt und die neuen Beschlüsse, die die staatlichen Ausgaben verursachen, haben bewirkt, daß wir der einzige Staate in Europa sind, der ohne Budget, sogar ohne ein Budgetprovisorium regiert wird, denn die Höhe der Emission der Staatsbanknoten, die vom Landtage beschlossen wurde, ist schon längst überschritten, und täglich emittieren wir weiter 400 Mill. Mark für den laufenden Finanzbedarf.

Vielen schien es, daß dies normale Erscheinungen seien, bis sie endlich der Verzicht des Ministers Steczkowski überrascht hat. **der, als er dem Ministerrate das Budget mit Ausgaben von 213 Milliarden Mark und Einnahmen von nur 118 Milliarden vorlegte, die Verantwortung für den 100 Milliarden Mark überschreitenden Fehlbetrag nicht übernehmen wollte.**

Wir wundern uns über Herrn Steczkowski nicht, können aber den Standpunkt seiner Kollegen vom Ministerrate, der übrigen Leiter der Ressorts der sozial-staatlichen Wirtschaft schwer verstehen. die anderer Ansicht sein konnten, und sich bemühten, vom Finanzminister seine Zustimmung zur Erhöhung der Fehlbeträge über weitere Milliarden zu erzwingen.

Die neuen Emissionen der Umlaufmittel, der Banknoten ohne Deckung verursachen nicht nur eine neue Verschuldung und finanzielle Schwierigkeiten, sondern drücken den Markwert der Mark herab, indem sie die ganze soziale wirtschaftliche Einrichtung umstürzen. Immer neue Wogen der Teuerung und der damit verbundene Kampf um neue Lohnerhöhungen und dem ähnliche Erscheinungen müßten zur Genüge alle Schichten unserer Gesellschaft darüber aufklären, daß nicht dieser Weg zu einer Besserung der Lage in der polnischen Republik führt.

So ist es dennoch nicht. Wir träumen einen goldenen Traum, ohne uns auf die Wirklichkeit umzublicken, ohne uns die uns von der polnischen Darlehnskasse gelieferten amtlichen Angaben anzusehen. Dies ist ihre Zusammensetzung.

Die Banknotenemission der polnischen Darlehnskasse.

Datum	Stand d. Emission Millionen Mark	Monatl. Zuwachs i. Millionen. Mark	Prozent
11. 11. 1918	1 193	—	—
13. 6. 1919	1 784	—	—
31. 12. 1919	5 300	—	—
31. 1. 1920	6 700	1 400	26
29. 2. 1920	8 300	1 600	24
31. 3. 1920	10 700	2 400	29
30. 4. 1920	16 000	5 300	49
31. 5. 1920	17 900	1 900	12
30. 6. 1920	21 700	3 800	21
31. 7. 1920	26 300	4 600	21
31. 8. 1920	31 100	4 800	17
30. 9. 1920	33 200	2 100	7
31. 10. 1920	38 500	5 300	14
30. 11. 1920	43 200	4 700	12
31. 12. 1920	49 400	6 200	14
31. 1. 1921	55 100	5 700	11
28. 2. 1921	62 600	7 500	14
31. 3. 1921	74 100	11 500	18
30. 4. 1921	86 755	12 655	17
31. 5. 1921	95 576	7 821	9

Die Verschuldung des Staatsschatzes bei der polnischen Darlehnskasse.

Datum	Stand d. Verschuldg. in Millionen Mark	Monatl. Zuwachs i. Millionen Mark	Prozent
11. 11. 1918	0 313	—	—
13. 6. 1919	1 135	—	—
31. 12. 1919	6 825	—	—
31. 1. 1920	8 275	1 450	21
29. 2. 1920	10 775	2 500	30
31. 3. 1920	14 775	4 000	37
30. 4. 1920	19 375	4 600	31
31. 5. 1920	22 375	3 000	16
30. 6. 1920	27 625	5 250	23
31. 7. 1920	33 375	5 750	21
31. 8. 1920	39 625	6 250	19
30. 9. 1920	40 625	1 000	2,5
31. 10. 1920	47 925	6 300	13
30. 11. 1920	49 625	2 700	6
31. 12. 1920	59 625	10 000	20
31. 1. 1921	65 525	6 000	10
28. 2. 1921	77 125	11 500	17
31. 3. 1921	93 625	16 500	21
30. 4. 1921	106 265	12 640	13
31. 5. 1921	117 625	11 360	9

Die obigen Angaben zeigen uns, daß die Zuwachslinie der Staatsschuld vollständig analog ist mit der Linie des Zuwachses der Staatsbanknoten. Wir überzeugen uns davon, wenn wir den entsprechenden Monatsexponenten des Schuldzuwachses mit dem Anzeiger des Zuwachses der Banknotenemission nebeneinanderstellen. **Dies beweist unwiderlegbar, daß allein der Bedarf des Staatsschatzes derjenige Faktor ist, der die polnische Darlehnskasse dazu zwingt, fortgesetzt neue Umlaufswerte auszugeben. Im laufenden Jahre haben wir im Laufe der ersten 5 Monate die Zahl der im Umlauf befindlichen Banknoten verdoppelt, denn am 21. Dezember 1920 gab es ihrer 49 Milliarden, die Abrechnung vom 31. Mai aber zeigte schon über 94 Milliarden an. Wenn wir diese letzte Ziffer mit dem Anfang des Jahres 1920 vergleichen,** so ergibt sich, daß im Laufe von fast **1½ Jahren der polnische Staat den Banknotenumlauf fast um das 18fache vergrößert hat. Am bedrohlichsten erscheinen muß die monatliche Steigerung der Emissionen. Im Januar stiegt sie um 5,7 Milliarden, im Februar 7,5 Milliarden, im März 11,5 Milliarden, im April 12,7 Milliarden, nur im Mai um 7,8 Milliarden. Man sieht hier eine steigende Progression, von Monat zu Monat werfen wir eine immer größere Anzahl von Banknoten auf den Markt. Eine Ausnahme macht der letzte Berichtsmonat — der Monat Mai.**

Dieser Zustand erfordert die energischsten Rettungsmittel, diese aber sind:

1. Vermehrung der Staatseinnahmen,

2. weitgehendste Sparsamkeit in der Staatsverwaltung und die Beschränkung aller Ausgaben bis auf die notwendigsten, um schließlich den Betrieb der Banknotenpresse einzustellen.

In dieser Richtung beabsichtigte Herr Steczkowski zu gehen, er ist aber dort auf Widerstand gestoßen, wo er Unterstützung erwarten hätte müssen. Wenn die letzten Nachrichten von dem Willen Herrn Steczkowski, auf dem Posten des Finanzministers zu verbleiben, sich bewahrheiten, so ist anzunehmen, daß dies ein Zugeständnis von seiten der Gegner ist. Wollen wir glauben, daß Herr Steczkowski verstanden worden ist, aber die ganze Gesellschaft darf ihrerseits nicht vergessen, daß die Absichten des Finanzministers in dieser schwierigen Lage vergeblich sein werden, wenn seine Bestrebungen kein Verständnis, keine moralische und materielle Unterstützung bei allen Bürgern des Landes finden werden.

Wenn wir uns zu dem aufschwingen, so retten wir nicht nur unser Finanzwesen, sondern auch unsere staatliche Unabhängigkeit. — Andernfalls verlieren wir das wenige an Kredit im Auslande, was wir besitzen, wer weiß, ob wir nicht noch schlimmere Folgen und Schmach ertragen würden müssen, die uns in Gestalt einer uns aufgezwungenen Kontrolle oder Verwaltung unserer Finanzen treffen würde. (P. P.)

Oberschlesische Angelegenheiten.

Die verwerfliche Hetze der „Gazeta Ludowa" gegen den deutschen Selbstschutz.

(„Gazeta Ludowa", Kattowitz, den 23 Juni 1921, Nr. 140.)

Wie sieht der „oberschlesische Selbstschutz" aus?

In den westlichen Kreisen Oberschlesiens, in der Nähe der deutschen Grenze, herrscht eine lebhafte Bewegung. Es wird tagtäglich von jenseits der Demarkationslinie Munition über die Grenze hinüber gebracht und aus den Gebieten des „loyalen" deutschen Staates kommen fast täglich Abteilungen des richtigen oberschlesischen Selbstschutzes.

Auf Grund glaubwürdiger Protokolle können wir eine Handvoll Angaben darüber geben, wie die Fahrt solcher Mitglieder des deutschen oberschlesischen Selbstschutzes über die Grenze ausschaut. So z. B. sind eines Tages aus Breslau zwei gebürtige Deutsche gefahren und haben unterwegs einem Menschen, den sie für den ihrigen hielten, alle geheimen Pläne verraten. Ihre oberschlesische Abkunft war folgendermaßen:

Einer von ihnen war Wachtmeister mit Namen Neukirch, der aus Gottesberg am Rhein stammt. Schon im Jahre 1919 hat ihnh Leutnant Jakobs mit dem Werben von Freiwilligen beauftragt, was er auch getan hat. Gegenwärtig hat er einen gleichen Auftrag erhalten und ist nach Oberschlesien gefahren, um ein Werbebüro für die Abteilung des „Oberlands" in Deutsch-Rasselwitz zu gründen.

Der zweite „Oberschlesier" war Leutnant der Sicherheitswehr in Sgorzelec und fuhr nach Ratibor. In Neiße mußten sie beide umsteigen, und als sie dies taten, sind sie an einen Beamten der Abstimmungspolizei herangetreten und fragten, ob es wahr sei, daß die Grenze geschlossen sei. Daraufhin erhielten sie die Antwort:

„Sie werden schon irgendwie durchkommen, wenn sie einen Ausweis besitzen. Machen sie sich darüber kein Kopfzerbrechen."

Solche Fälle kommen öfter vor. In Neiße ziehen durch die Straßen bewaffnete Freiwillige, die auf merkwürdige Weise über die geschlossene Grenze gebracht werden. Die Stadt durchkreuzen Autos mit Freiwilligen, die keine Nummern, nur weiß-gelbe Fähnchen haben. Alle diese Autos kommen nach dem Hotel zum „Goldenen Stern" am Ring.

Im südlichen Abschnitt, hauptsächlich in der Umgebung von Ratibor und Krzyzanowice, stehen freiwillige Abteilungen von Paulsen, Erhardt und Dietrich.

An der Spitze des Freikorps steht Graf von Finkenstein. Während des Angriffs gegen die Polen haben die Truppen von Paulsen außer den Aufständischen noch 10 Franzosen gefangen genommen, die laut Aussage glaubwürdiger Zeugen sofort erschossen wurden. Der Rest der Gefangenen wurde nach Ratibor gebracht, und dort mißhandelte sie die Zivilbevölkerung, vor allem aber die Italiener; sie schlugen die Polen mit dem Kolben.

Die Weise, in welcher das Freikorps Paulsen sich mit Munition versorgt, weist am besten darauf hin, daß die deutsche Regierung mit der Tat den Kampf gegen die Bauern und Arbeiter Oberschlesiens unterstützt. Dies geschieht ungefähr in folgender Weise:

Die Reichswehr übt an der Grenze und läßt dort Kanonen ohne Wache zurück. Die Freiwilligen, die selbstverständlich mit der Reichswehr in Verabredung stehen, passieren die Grenze und bringen die Artillerie nach der anderen Seite.

Außer den erwähnten freiwilligen Korps befinden sich noch Truppenabteilungen von Karius und das Korps Zimmermann in Oberschlesien, das unter dem Namen die „schwarze Armee" bekannt ist, und mit dem Korps Winkler um den Annaberg gekämpft hat.

Das freiwillige Korps Karius, das längere Zeit bei Rosenberg stand, besteht hauptsächlich aus Mitgliedern der baltischen Armee, die aus Oldenburg stammen. Das Korps wird von Leutnant Richter und Schwert geführt. Eine der Kompagnien dieses Korps besteht aus den Chauvinisten-Studenten aus Marburg. Diesem Korps treten ständig neue Freiwillige bei, die im Werbebüro in Oldenburg, im Polizeibüro aufgenommen werden. An der Spitze dieses Werbebüros stehen: Leutnant Fries, Hauptmann von Kumbi und Oberstleutnant von Wanke. Die nach Oberschlesien kommenden Freiwilligen führen Munition und Maschinengewehre mit sich.

In diesem Korps gibt es außerdem noch viele Beamte aus dem Ministerium und Angestellte der Druckerei Schalling in Oldenburg, die beurlaubt sind, ihr Gehalt weiter bekommen und außerdem Tagegelder von 50 Mark als Freiwillige erhalten.

Der Mangel an Zivilkleidern für die Leute dieser Abteilungen wird in einfacher Weise beseitigt. Jedem Polen, der in Gefangenschaft gerät, wird der Anzug weggenommen und er erhält dafür einen schlechteren. Ein aktiver Unteroffizier einer Kompagnie dieses Korps, Alfred Steger, sagte übrigens folgendes:

„Die Gefangenen werden sowieso nicht lange leben." Es ist auch in der Tat so, das Schicksal der Gefangenen, die in die Hände dieser Abteilungen geraten, ist direkt schrecklich. Sie werden sofort erschossen oder auf die Promenade nach dem Walde geführt, der von Wedryn nach Lassowitz führt. Dort, während dieser letzten Promenade, schießt man auf sie aus dem Hinterhalt.

Die Bevölkerung der von diesen Abteilungen besetzten Dörfer leidet Hunger und Not. So haben z. B. die deutschen Freiwilligen in Wedryn die Mühle dafür zerstört, daß der Besitzer aus Furcht vor den Deutschen geflohen ist; die Bevölkerung ist also ohne Mehl und Brot. So sieht die Neutralität der deutschen Regierung und der heldenmütige oberschlesische Selbstschutz aus. (P. P.)

Der englische Minister Chamberlain über Oberschlesien.

(„Dziennik Poznański", Polen, vom 26. Juni 1921, Nr. 126)

Der „Dziennik Poznanski" berichtet aus London nach der P. A. T., daß Minister Chamberlain in der Angelegenheit Schlesiens auf die Beschlüsse der drei Minister aufmerksam machte, die die Räumung des strittigen Gebiets sowohl von seiten der polnischen Insurgenten als auch von seiten des deutschen Selbstschutzes angenommen haben. **Die Pflicht der Aufrechterhaltung der Ordnung im Territorium wird ausschließlich Aufgabe der alliierten Truppen sein, deren Kräfte gegenwärtig 20 000 Mann zählen. Ein derartiger Zustand wird bis zur Beschlußfassung durch den Obersten Rat betreffs der Grenzen Platz haben.** Die Interalliierte Kommission in Oppeln erhielt weitgehendste Unterstützung sowohl am Orte sowie auch mit Hilfe der entsprechenden Vorstellungen, die bei der Berliner und Warschauer Regierung gemacht wurden. Die Sitzung des Obersten Rates soll im Juni in Boulogne erfolgen. (P. P.)

Polnische Greuelnachrichten.

(„Dziennik Gdański", Danzig, vom 25. Juni 1921, Nr. 125.)

Beuthen. E. E. Eine Gruppe polnischer Sanitäter, die dem Roten Kreuz angehören, sind aus deutscher Gefangenschaft zurückgekehrt. Sie berichten über die grausame Behandlung der Insurgenten durch die Deutschen. Sie werden mit Gummischläuchen geschlagen. Es gab Fälle, wo die Gefangenen mit Handgranaten auf den Kopf geschlagen wurden. Sie wurden gründlich ausgeplündert und blutüberströmt nach außerhalb der Grenze Schlesiens transportiert. Unterwegs beschimpfte die deutsche Bevölkerung aus Gogolin, Grabitz und anderen Ortschaften die Gefangenen und schlug sie mit Peitschen, bewarf sie mit Steinen und Ziegeln. Polen, die die Uniform der früheren Armee Haller trugen, wurden erschossen. Unter den Gefangenen befand sich auch eine Schwester vom Roten Kreuz. Die Deutschen haben eine schmähliche Gewalttat an ihr verübt und sie dann ermordet. Am grausamsten gegenüber den Gefangenen betrugen sich die deutschen Polizisten, die früher in Rybnik stationiert waren, sowie die Bayern und Preußen. Die Grausamkeiten der Deutschen gegenüber den Sanitätern sind um so empörender, als die Sanitäter gemäß den internationalen Verträgen einen speziellen Schutz genießen. (P. P.)

General Le Rond bleibt auf seinem Posten.

(„Dziennik Poznański", Polen, vom 25. Juni 1921, Nr. 125)

P. A. T. meldet aus Paris nach dem „Journal" über die Wichtigkeit der vollzogenen Annäherung der Anschauungen Italiens den Anschauungen Frankreichs in der oberschlesischen Angelegenheit und den Ostangelegenheiten. **Es ist nicht mehr die Rede von der Abberufung des Generals Le Rond, oder davon, daß die oberschlesische Angelegenheit überhaupt einer neuen Kommission übertragen werden sollte.** (P. P.)

Der „Kurjer Warszawski" über das oberschlesische Problem.

(„Kurjer Warszawski", Warschau, vom 17. Juni 1921, Nr. 165.)

Europa im Hader.

Mensch oder Ware.

Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß, wenn Oberschlesien ein dünnbevölkertes ackerbautreibendes Land wäre, es schon längst Polen einverleibt und die ganze diplomatische Frage im Westen zur Tagesordnung übergegangen sein würde.

Aber Oberschlesien besitzt ein Kohlenbecken von ungeheurem Wert, auf der Erdoberfläche aber stehen reiche Städte und Hunderte wertvoller Industrie- und Bergwerksanlagen. Also begannen die englischen und mit ihnen auch die italienischen Diplomaten, mit dem Zirkel und mit der Wage in der Hand, darüber nachzudenken, was mehr in der Politik bedeutet: Der Mensch oder die Ware. Mit anderen Worten: Was entscheidet über das Schicksal eines gegebenen Landes, der nationale Charakter und der Wille der Einwohner, oder die Güte und Menge der in ihm enthaltenen Rohstoffe oder Produkte? Wenn der Mensch willfähriger ist als die Ware, so müsse Oberschlesien Polen gegeben werden. Wenn aber die Kohle, das Zink und das Eisen „über alles" stehen, so möge es lieber bei Deutschland bleiben, da dies ihrer Meinung nach sich besser dazu eignet, jene entscheidenden Werte zu bewahren und zu vermehren.... Da aber die britannische Politik, wie dies anfangs einer unserer Dekonomisten bemerkt hat, ausschließlich mit „Warenkategorien" operiert, also war, ist und müßte Oberschlesien der Meinung der Diplomaten aus dem Foreign Office nach deutsch bleiben, ohne Rücksicht auf den deutlichen Wortlaut gewisser Klauseln des Versailler Vertrages und trotz der ebenfalls deutlichen Ergebnisse der Volksabstimmung. Die italienische Politik neigt ebenfalls diesem wirtschaftlichen Fetischismus zu, der sich vor einer Ladung Kohle oder Guano beugt, die menschliche Freiheit aber verachtet. Nur die Italiener, die humanitärer sind als die Engländer, nehmen das „Warenmoment" mit vielen Vorbehalten an, so daß das Projekt des Grafen Sforza etwas von dem des Herrn Lloyd George abweicht... Der englische Staatsmann raubt uns fast den ganzen Industriebezirk, der italienische Minister einen bedeutenden Teil davon. **Beide scheinen zu vergessen, daß halb Europa Blut vergossen hat, und die halbe Welt zu den Waffen gegriffen hat im Namen der Freiheit der Völker, nicht nur der großen, sondern auch der kleinen, und gegen die Eroberungssucht der großen Imperien, die die eigene „Staatsvernunft" über das Recht und die Gerechtigkeit stellen.** Wenn man auf Kosten vieler Millionen von Opfern das verblutete Belgien der germanischen Bestie entrissen hat, so geschah es nicht, um zwei Jahre später eine Million oberschlesischer Polen ihr in den Rachen zu werfen, unter dem Vorwande, daß die erwähnte Bestie statt in der glänzenden kaiserlichen Pickelhaube in republikanischen Zivilhut paradiert. Sollten Stinnes und Rathenau mit der Erlaubnis Londons und Roms das im Jahre 1918 unterbrochene Werk der Hohenzollern und Ludendorffs wieder aufnehmen und zu Ende führen? Statt des militärischen „Mitteleuropas" von Naumann das unter Gebrüll von Geschützen und dem Rasseln der Ketten auftaucht, erwächst ein ebenfalls alldeutsches aber schon ziviles Mitteleuropa der Bankiers, Industriellen, der Kohlenhändler und Statistiker, „die mit Warenkategorien operieren"... Ueber den Köpfen der unmittelbaren Nachbarn Deutschlands — Polens, Belgiens, Frankreichs und der Tschechoslowakei — schwebt eine neue Drohung, ein neues Fragezeichen!

Es haben uns die deutschen Säbel nicht zerhauen, die Hufe haben uns nicht zertreten, die Kruppschen Geschütze haben uns nicht zerschmettert, aber die Absätze der Friedensstiefel der Industrie- und Börsenkönige werden uns zertreten. Nicht mehr mit militärischer Sauce werden Euch die Deutschen anrichten und verschlingen, aber in ziviler, wirtschaftlicher Sauce, mit der gütigen Genehmigung der Pazifisten der alten und der neuen Welt... (P. P.)

So weise Kreise bilden sich um die oberschlesische Frage, so beunruhigende Erscheinungen nimmt der Blick des Beobachters wahr. Die Divergenz der Ansichten der französischen, englischen und italienischen Politiker über die oberschlesischen Ereignisse ist nicht nur eine gegenseitige Reibung der verschiedenen Interessen oder der verschiedenen Egoismen; sie geht aus den tiefen, unsichtbaren Gründen, aus dem Hader über politische Grundsätze, über vollkommen widerspruchsvolle Ansichten, über Völkerfreiheit und Völkerrecht hervor, die in gewissen Kreisen, die unter dem Einfluß der großen Finanzwelt stehen, ohne zu zögern wirtschaftlichen Rücksichten und der merkantilistischen „Staatsvernunft" preisgegeben werden.

Das Uebergewicht dieser Momente in der oberschlesischen Frage würde für die Zukunft unseres Kontinents ein bedrohlicher Präzedenzfall sein! **Sollte Oberschlesien morgen den Deutschen wegen seiner Kohle und seines Eisens zugesprochen werden, so könnte nach 10 Jahren dasselbe Schicksal Belgien und Nordfrankreich treffen, nach 20 Jahren die fruchtbare und industriereiche Lombardei...** Man kann dreist sagen, daß die Lösung der oberschlesischen Frage der Anzeiger einer neuen Gestaltung der Kräfte in Europa, zugleich aber auch eine Aenderung der Grundsätze sein wird, von denen sich die heutige internationale Politik leiten läßt. (P. P.)

Die „Gazeta Ludowa" über die Liquidierung des Aufstandes.

(„Dziennik Poznański", Polen, vom 23 Juni 1921, Nr. 123.)

Beuthen. Die „Gazeta Ludowa" schreibt aus Kattowitz: **Die Liquidierung des Aufstandes geht rasch vor sich und wird bald beendet werden. Die polnischen aufständischen Abteilungen ziehen sich langsam zurück. Die polnischen Militärbehörden übergeben alles den Zivilbehörden, von denen Miliz- und Gendarmerieabteilungen zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung gebildet werden.** Wenn die Deutschen ebenfalls die Entwaffnung durchführen, und die Koalitionskommission bezw. ihre Truppen die Entwaffnung überwachen werden, **so kann man hoffen, daß schon in den nächsten Tagen in Oberschlesien normale Verhältnisse herrschen werden.** (P. P.)

Der Optimist Korfanty ist laut der „Times" nicht ernst zu nehmen.

(„Dziennik Poznański", Polen, vom 23. Juni 1921, Nr. 123.)

London. Wie man der Zeitschrift „Times" aus Oppeln mitteilt, ist Korfanty immer noch Optimist, was das endgültige Resultat in der oberschlesischen Frage anbetrifft. Er ist der Meinung, daß nach Entwaffnung der Aufständischen die von ihnen errichtete Verwaltung im Lande aufrecht erhalten werden wird, und hält dies — wie er es dem Korrespondenten der „Times" mitteilte — für natürlich, denn das Land würde nie die Regierung der preußischen Landräte anerkennen. Korfanty schlägt ferner vor, daß die Akten aller Gerichtssachen, von den Aufständischen angelegt, der Interalliierten Kommission überwiesen werden. Er ist übrigens der Meinung, daß der Uebergangszustand in Oberschlesien nicht länger als einige Wochen dauern wird; Schlesien wird dann an Polen fallen. Der Korrespondent der „Times" fügt hinzu, daß diese Erklärungen Korfantys nicht ernst zu nehmen sind. (P. P.)

Die französische Presse aller Schattierungen über das oberschlesische Problem.

(„Dziennik Poznański", Polen, vom 23. Juni 1921, Nr 123.)

Paris. Das Blatt „Temps" vermutet bei der Besprechung der letzten Konferenz in Paris zwischen Briand und Curzon, daß Curzon während seines Aufenthaltes in Paris noch nicht die letzten Informationen aus Oberschlesien hatte, die ihm der englische Kommissar in Oppeln, Stuart, übersenden sollte. Diese Informationen betrafen die Unterwerfung der Polen in bezug auf die Verordnungen der Kommission, sowie die Opposition und die formelle Ablehnung seitens Höfers, das Programm, die systematische Räumung durchzuführen. Die polnische Grenze ist fest geschlossen, die deutschen Abteilungen des Selbstschutzes erhalten dagegen Verstärkungen und Kriegsmaterialien. Die deutschen Kräfte in Oberschlesien bestehen momentan aus 50 Bataillonen in der Gesamtzahl von 40 000 Mann. Die englische Regierung, deren Vertreter in Oppeln mit den Ansichten Le Ronds einverstanden ist, wird bald verstehen, daß es Zeit ist, den Verstärkungen der Deutschen in Schlesien ein Ende zu machen. Die französische Regierung hat dies schon längst begriffen. (P. P.)

(„Przeglad Wieczorny", Warschau, vom 16. Juni 1921, Nr. 132.)

Was schreibt die französische Presse über Oberschlesien.

Unter den ernsten Artikeln, zahlreichen Depeschen aus Beuthen, Oppeln, Warschau, Berlin, London, inmitten der politischen Polemik mit den Verbündeten erscheinen sympathische Korrespondenzen über Oberschlesien, die den tatsächlichen Sachstand schildern und an Stelle der akademischen Verhandlungen mit den internationalen Politikern, hinter denen Finanzkombinationen stecken, ein Stück wahren Lebens geben.

Der Korrespondent des „Petit Journal" beschreibt in sehr lustiger und sachlicher Weise die Festsetzung der neutralen Zone seitens der Ententetruppen zwischen den oberschlesischen Aufständischen und den deutschen Truppen Höfers. Er führt folgende Worte eines französischen Offiziers über die kämpfenden Parteien an:

„Es ist schwer, sich vorzustellen, welch ein Unterschied der Methode zwischen beiden Gegnern besteht. Die Truppen des Generals Höfer machen den Eindruck einer regulären, gut organisierten Armee, die im Kampfe die Methoden des großen Krieges anwenden. Ich habe diese Leute an der Somme und bei Verdun getroffen." — Die polnischen Aufständischen haben dagegen Mut, aber nicht die militärischen Kenntnisse. Den größten Teil der Aufständischen bilden die tüchtigen Bergleute, die während des Krieges in den Gruben gearbeitet haben."

Eine kleine Abteilung von Aufständischen hat z. B. auf dem freien Wege und nicht aus Schützengräben geschossen und hat beim Zusammenstoß zwei Führer verloren.

Die Deutschen haben laut den Worten desselben Korrespondenten erwartet, daß die Engländer sie gegen Polen und Franzosen unterstützen werden. Sie haben eine Enttäuschung erlebt. Einige Beispiele dafür:

„Der Führer des deutschen Bataillons hat sich an den englischen Oberst mit der Bitte gewandt, seine Bataillon durchzulassen und dabei versichert, daß die Deutschen seit jeher Freunde Englands sind; er hat die Aufständischen als Bolschewisten und eine Banditenbande dargestellt. Der englische Oberst hat geantwortet:

„Ich bin Soldat und führe die Befehle aus, ich weiß sonst nichts anderes. Das Bataillon wird nicht durchgelassen. Gute Nacht, mein Herr."

„Während meines Gesprächs mit den Koalitionsoffizieren sind zwei Deutsche gekommen, die gebeten haben, ihren Verwandten in U. besuchen zu können. Sie konnten es nicht beweisen, daß sie Oberschlesier sind und haben zum Schluß zugegeben, daß sie der Armee des Generals Höfer angehören. Der englische Offizier hat ihnen die Genehmigung nicht erteilt."

Der Korrespondent des „Petit Journal" gibt in seiner Nummer vom 13. Juni sein Gespräch mit der Führung der polnischen Aufständischen wieder. Von dem deutschen Schacher und Drehereien sticht die ehrliche Stellungnahme der Aufständischen ab. Der Führer, der Vertreter von Doliwa, Warwas, ist ebenfalls ein ehemaliger Offizier der deutschen Armee. Er zeichnet sich durch Energie und militärische und technische Kenntnisse aus. Den französischen Gast hat der Chef des Stabes Dr. Lubieniec mit anderen empfangen und ihm versichert, daß die Aufständischen sehr gern den Vorschlag betreffend die Festsetzung einer neutralen Zone annehmen und die Autorität der Entente anerkennen, aber die Deutschen müssen ebenfalls die Bedingungen annehmen. Die oberschlesischen Aufständischen können nicht damit einverstanden sein, daß die Interalliierte Kommission offiziell mit Höfer verhandele, dessen Truppen aus Bayern, Preußen und Württemberg gekommen sind; mit den gebürtigen Oberschlesiern wollte sich dagegen die Interalliierte Kommission nicht einigen.

Laut den Worten der aufständischen Führer verfügen die Deutschen über Artillerie, Fluagapparate, haben großartige technische Mittel und gut ausgebildete Soldaten. Diesen Umständen ist die momentane Uebermacht der Deutschen über die Aufständischen zuzuschreiben.

Oberschlesien ist nicht nur eine polnische Frage in Europa, es ist die wichtigste Frage des gegenwärtigen Moments. „Le Petit Parisienne" erinnert, daß es noch ein anderes, sehr wichtiges Problem gibt: Wilna. Das französische Blatt gibt gute und klare Informationen über die Stimmung der beiden Parteien Polens und Litauens während der vor kurzem stattgefundenen Brüsseler Beratungen. **Es gibt zu, daß der Völkerbund in diesem Falle unparteiisch gehandelt hat, und es wäre zu bedauern, wenn der Mangel an politischem Sinn in Polen und Litauen die ganze Sache zunichte machen sollte.** (P. P.)

(„Przeglad Wieczorny", Warschau, vom 21. Juni 1921, Nr. 136.)

Was die französische Presse über Polen schreibt.

Die Konferenz Lord Curzon mit Briand kündigt wieder eine Vereinheitlichung der Politik der Alliierten an. **Dies ist für Polen nicht gleichgültig.** Die Bedeutung der englisch-französischen Verständigung hebt „Le Petit Parisien" hervor, indem er sagt, daß dank der Evolution der Ideen, die in London stattgefunden hat, **die englische Regierung im Punkte Oberschlesien schon nicht mehr so unversöhnlich erscheint.** Die Verständigung auf der Grundlage, die sich dem Vorschlage des Grafen Sforza nähert, ist möglich. Polen würde der größere Teil des Industriebezirks Oberschlesiens überlassen werden. Der halbamtliche Austausch der Ansichten über diesen Gegenstand wird die Aufgabe des Obersten Rates sehr erleichtern. An diesen Beratungen wird auch der Vertreter Italiens teilnehmen; höchstwahrscheinlich wird auch eine einleitende Sitzung der Sachverständigen in der oberschlesischen Angelegenheit stattfinden. (P. P.)

Die Liquidierung des oberschlesischen Aufstandes im Lichte der englischen Presse.

(„Dziennik Poznanski", Posen, vom 23. Juni 1921, Nr. 123.)

London. Der Korrespondent der Zeitschrift „Daily Mail" teilt aus Oberschlesien mit, daß er nach Besichtigung im Lauf der letzten drei Tage des oberschlesischen Industriegebietes festgestellt hat, daß die Absichten Korfantys betreffs die Auflösung der aufständischen Armee ehrlich sind. **Selbst die Aufständischen waren mit der Entwaffnung einverstanden, besonders, da in Oberschlesien eine völlige Erschöpfung und die Lust wieder normalen Verhältnisse zu haben, sich bemerkbar macht.** (P. P.)

Die Hetze der „Katolik Presse gegen die Deutschen.

(„Dziennik Slaski", Beuthen, vom 22. Juni 1921, Nr. 140.)

Zwei Charakteure.

Die Westvölker erkennen in Oberschlesien die Seele zweier Völker, der Deutschen und der Polen. Inwiefern die polnische Bevölkerung und die Aufstandsbehörden einerseits Beweise für ihre Loyalität gegenüber den Bestimmungen des Versailler Vertrages, also den Verordnungen der alliierten Behörden ablegen, also auf jeden Schritt und Tritt die Kultur ihrer Seele, ihres Geistes und ihres Gewissens zum Ausdruck bringen, insofern handeln die Deutschen, ihre Orgesch u. a. Stoßtrupps ganz im gegenteiligen Sinne. Der Vertreter der Deutschen hat sich der Wahn eines brutalen Hochmuts und einer grenzenlosen Unkultur bemächtigt, die nichts anerkennt, was von Adel des Charakters zeugen könnte. Jedenfalls brechen sie Verträge und ihre Verpflichtungen, sie ignorieren die Verordnungen der Interalliierten Kommission und betragen sich ihr gegenüber als Sieger, die Bedingungen und Forderungen diktieren, die entweder als Ausfluß eines unberechenbaren Wahnes oder der Unvernunft angesehen werden können.

Diese Herausforderung gegen alle menschlichen Gefühle äußert sich jedoch am stärksten in dem Vorgehen der deutschen Stoßtrupps gegen die polnische Bevölkerung. Alle Ortschaften, die von den Aufständischen im Sinne des Vertrages verlassen werden, haben die Deutschen entgegen den Verordnungen der Entente besetzt und verwüstet, die wehrlose ruhige polnische Bevölkerung plündernd, mordend und mißhandelnd. In wilder Verblendung und seit beispielloser Frechheit fallen sie sogar über kleinere französische und irische Truppenteile her, die sich der mißhandelten polnischen Bevölkerung annehmen. So war es in der Umgegend von Rosenberg, auf dieselbe Weise wurden die Dörfer Wachow, Lesno, Jastrzigowitz, Wyssoka, Zawisna, Mischline u. a. verwüstet und ausgeplündert. Die Bevölkerung, der es nicht gelungen ist, zu fliehen, wurde verhaftet und verschleppt. Im Dorfe Zawisna wurden viele Frauen ergriffen und sofort erschossen. In Wyssoka ermordeten die Deutschen den Polenführer Szolata. In Jastrzigowitz trieben sie die polnische Bevölkerung zum Graben von Gräben an, wobei sie die Saaten und die Felder ruinierten. Viele deutsche Orgeschleute legen französische, englische oder italienische Uniformen an und betreiben unter dieser Firma ein blutiges Banditenwesen.

Was geschieht erst in den Städten, wo Tausende blutdürstiger Stoßtruppler angesammelt sind? Soviel haben wir schon von den Mordtaten in Gleiwitz, von der Schießerei in Kattowitz, Beuthen, Tarnowitz geschrieben, ohne schon von den Städten zu sprechen, wo die Deutschen die Oberhand haben, wie Oppeln, Ratibor, Kreuzburg u. a.

Trotz dieser ihrer Verbrechen prahlen die Deutschen mit ihrer Kultur. Die Kultur äußert sich unter solchen Bedingungen, wie wir sie gegenwärtig erleben. Mit ihrer Kultur prahlen die Polen nicht, die sie tatsächlich besitzen, da sie ihre erbittertsten Feinde in den besetzten Ortschaften menschlich behandeln und niemanden ohne irgendeinen Anlaß ein Leid zufügen, wobei sie von jedem ur gewissenhafte Pflichterfüllung verlangen.

Der Deutschen hat sich ein lächerlicher Größenwahn bemächtigt. Sie können sich nicht mit dem Gedanken versöhnen, daß es eine polnische Republik gibt, daß der Pole etwas anderes sein kann, als ein Sklave Preußens. Sie sehen sich im ihrem lächerlichen Hochmut und ihrer kritiklosen Verblendung als ein erstklassiges Volk an, dessen Mission sich auf die Unterjochung, Ausbeutung und Entnationalisierung der slavischen Völker beschränkt. Im Sinne dieser blinden Dekats müßte nicht nur Oberschlesien, sondern ganz Polen eine geknechtete deutsche Provinz werden.

Die Handlungsweise der Hakatisten scheint das polnische Sprichwort zu bestätigen, daß, „wen Gott bestrafen will, er diesen den Verstand raubt", lautet. Und in der Tat geschieht dies so. Die deutschen Zeitungen meldeten mit Triumph ihren Lesern, daß englische Truppen nach Oberschlesien kommen, um die Polen zu „morden". Indessen geschieht aber das Gegenteil. Die Engländer verhalten sich unparteiisch und loyall den Polen gegenüber. In den neutralen Gebieten hat das taktvolle Vorgehen der französischen und irischen Truppen bewirkt, daß die polnische Bevölkerung Vertrauen zu ihnen besitzt. Die brutale und nichtswürdige Agaressivität zwingt die kultivierten Iren und Franzosen dazu, streng gegen die verbrecherische Tätigkeit der Orgesch und der verkappten Reichswehr vorzugehen. Dies trägt zur Anknüpfung der freundlichsten Beziehungen zwischen den Ententetruppen und der polnischen Bevölkerung bei. Als auch die sronasiischen und irischen Truppen nach Rosenberg kamen, wurden sie von der polnischen Bevölkerung bei den Klängen zweier Orchester, eines englischen und eines polnischen begrüßt. Diese Annäherung wird viel zur Beruhigung des Landes und zur Bezähmung der wilden Ausbrüche der Deutschen beitragen.

Der große Krieg hat die Deutschen diese Wahrheit noch nicht gelehrt, daß die wahre Kultur das Erkennen der Rechte des Menschen im täglichen und öffentlichen Leben ist, als auch dessen, daß sie sich nicht durch Hochmut und Frechheit äußert, sondern gerade durch die Erkenntnis aller wahrer Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit. Die Deutschen indessen gehen auf jedem Schritt und Tritt Beweise dafür, daß sie noch für lange Zeit ein Faktor der Zersetzung sein werden, der den Frieden Europas zerstört.

In Oberschlesien haben sich klar und deutlich die Unterschiede des slavischen und des germanischen Charakters gezeigt. (P. P.)

General Le Rond fährt nach Paris.

(„Gazeta Robotnicza", Kattowitz, vom 22. Juni 1921, Nr. 137.)

General Le Rond fährt nach Paris.

Paris. Das Blatt „Soir" teilt mit, daß General Le Rond in den nächsten Tagen nach Paris kommen und hier Bericht über die Lage in Oberschlesien erstatten wird. Diese Ankunft soll im Zusammenhang mit der Konferenz des Premierministers Briand mit Lord Curzon stehen. (P. P.)

Die schamlosen Anariffe der polnischen Presse gegen den englischen Kreiskontrolleur Cocerell.

(„Dziennik Poznanski", Posen, vom 21. Juni 1921. Nr. 121.)

Der englische Kontrolleur an Spitze einer deutschen Kampfformation.

In Bockanowitz, Kr. Rosenberg haben deutsche Stoßtruppler polnische Bevölkerung überfallen, diese hat jedoch den Angriff nicht nur zurückgeschlagen, sondern fast die ganze Abteilung gefangen genommen. **Der Führer dieser Formation war der ehemalige englische Kontrolleur des Kreises Beuthen, Cocerell, der später Kontrolleur des Kreises Kreuzburg war.** Die polnische Bevölkerung hat den Führer dieser Formation den englischen Behörden ausgeliefert. **Cocerell hat Oberschlesien verlassen. Es muß hervorgehoben werden, daß Cocerell einer der Inspiratoren der englischen Presse gegen das Polentum in Oberschlesien war. Die Polen hatten ihn in Beuthen einige Male in ihren Händen, haben ihn aber immer freigelassen.** (P. P.)

Die Verhandlungen der Koalition mit General Hoefer im Lichte der polnischen Presse.

(„Gazeta Warszawska", Warschau, vom 19. Juni 1921, Nr. 165.)

Die Koalition und Hoefer.

Beuthen. Laut den Nachrichten aus Oppeln gelangen die Mitglieder der Koalitionskommission zu einer einheitlichen Meinung über die Lage, die durch die widerstrebende Stellungnahme des Generals Hoefen und des Zwölferausschusses geschaffen wurde. Die Kommission ist sich dessen bewußt, daß das Unternehmen von Hoefer ein Versuch der Nationalen und Monarchistischen Kräfte in Deutschland ist, und sollte es den Deutschen gelingen, Oberschlesien zu erobern, so würde es höchst wahrscheinlich zum Sturz der Regierung in Berlin kommen. Es ist festgestellt, daß in dem sogenannten Selbstschutz die Oberschlesier kaum 15 Prozent bilden, der Rest der Truppen sind Mitglieder der Reichswehr in Zivilkleidung. Die Koalitionskommission hat an Hoefer ein kurzfristiges Ultimatum gestellt, in dem sie verlangt, daß Hoefer sich den Anordnungen der Kommission unterwirft, widrigenfalls sie von den Waffen Gebrauch machen müßten. Der Widerstand Hoefers hat die politische Lage Deutschlands in der oberschlesischen Frage verschlechtert. Unter dem Druck Frankreichs hat sich die deutsche Regierung höchstwahrscheinlich an Hoefer mit der Forderung gewandt, sich den Befehlen der Koalitionskommission zu unterwerfen. Hoefer hat seine Truppen vom Annaberg zurückgezogen, hat aber die wichtigsten strategischen Punkte in der Nähe dieses Berges besetzt. Laut dem bisherigen Befehl der Kommission sollen die Deutschen von Annaberg bis zur Linie Leschnitz, Gogolin und Dollna zurückgehen. Zur Verschlechterung der deutschen Lage haben ebenfalls die Ueberfälle seitens der Truppen Hoefers auf Engländer beigetragen. (P. P.)

Die Lage in Oberschlesien nach der sechswöchigen Dauer des Aufstandes.

(„Dziennik Slaski", Beuthen, vom 24. Juni 1921, Nr. 141.)

Sosnowice, 18. Juni. Ich kehre aus dem Gebietsteile Oberschlesien zurück, das von den Aufständischen besetzt ist, wohin es nicht leicht zu gelangen ist. Ich habe das ganze Land befahren. Ich sprach mit dem Volke und mit den Vertretern der polnischen Behörde, vor allem mit Korfanty. Ich ließ mich von den Mitgliedern der Obersten Heeresleitung und von den Chefs der Ausschüsse der Obersten Behörde unterrichten.

Die Lage läßt sich in den Grundzügen folgendermaßen darstellen: In dem ganzen von den Aufständischen besetzten Gebiet, also fast bis zur Korfantylinie ohne Beuthen, Kattowitz und Gleiwitz herrscht Ruhe, das Leben geht seinen normalen Gang. Die Eisenbahn und die Elektrischen verkehren. Die Einnahmen fließen in die Kasse der Aufstandsregierung. Die Eisenbahn in Beuthen und Kattowitz, also in den Städten, die den Aufständischen nicht unterstehen, befinden sich in polnischer Hand, **dank den vorzüglichen polnischen organisierten Eisenbahnern,** die sich ihrer bemächtigt haben. **Der Eisenbahnverkehr steht unter der Leitung des Dr. Sikorski.**

Die Verpflegung in dem Aufstandsgebiete war bis vor kurzem stark gefährdet, jetzt aber, dank der Aktion der polnischen Gesellschaft, dem Roten Kreuz und dem Verpflegungsausschuß der Aufstandsbehörden, ist es bedeutend besser. Fleisch ist zur Genüge vorhanden, es mangelt nur noch an Mehl und Zucker.

Alle Schornsteine in Oberschlesien rauchen. Die Gruben- und Hüttenwerke arbeiten, die Produktion beträgt ungefähr 70 Prozent derjenigen aus der Zeit vor dem Aufstande.

Angesichts der Absperrung Oberschlesiens von den bisherigen Absatzmärkten und der stillen Unterstützung der Deutschen durch Oesterreich u. a. Staaten, arbeiten die Gruben und Hütten auf Vorrat, was nicht ewig dauern kann.

Notwendig ist für Oberschlesien die Erschließung neuer Absatzmärkte. Also vor allen Dingen Polens, Rumäniens, der baltischen Länder, und was Kohle betrifft, Skandinaviens.

Polnische Kaufleute können hier viel machen, Industrielle aber, die Bedarf an Eisen, Kunstdünger, Teer u. a. Sachen haben, müßten sie in Oberschlesien und nicht anderswo bestellen.

Wie mir der Ingenieur Kiedron, der Leiter des Industrieausschusses versicherte, ist der oberschlesische Arbeiter durchdrungen vom Gefühl der Aufopferung und dem Patriotismus. Er erkennt die Notwendigkeit der Hierarchie und der Disziplin an, was die Organisationsarbeit erleichtert.

Indessen betreiben die deutschen Unternehmer mit geringen Ausnahmen unter dem Vorwande der Loyalität die Politik des passiven Widerstandes. Erst in letzter Zeit werden sie unter dem Drucke der Aufstandsbehörden und der polnischen Arbeiter etwas versöhnlicher gestimmt

Es muß bemerkt werden, daß sich zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Oberschlesien der niedrige Stand der polnischen Valuta nicht hinzugesellt.

Die Finanzen sind der einzige Punkt der Aufständischen, sie sind Gegenstand der Bemühungen des Dr. Pawlica. Zur Erlangung von Geldmitteln ist die Kohle besteuert worden. Sie hat schon einige Mill. Reichsmark eingebracht. Es sind auch eigene Postwertzeichen ausgegeben worden, die alle verpflichten, es wird eine Grund- und Haussteuer erhoben. Dies alles aber genügt nicht. Wer weiß, ob die einzige Lösung nicht die Ausgabe einer eigenen schlesischen Valuta sein wird.

Der Geist des Militärs ist vorzüglich und die Tapferkeit außergewöhnlich.

In den Kämpfen mit den Deutschen sind schon einige tausend Aufständische gefallen. Den deutschen Organisationen ist schon so viel Waffen und Munition genommen worden, daß die Lage in dieser Beziehung befriedigend ist, die örtlichen Munitionsfabriken arbeiten aber ausschließlich für Zwecke des Bergbaus. Doliwa wurde auf seinem Posten als Führer durch den Obersten Warwas ersetzt, der tüchtig und energisch ist und sich des Vertrauens aller erfreut.

Korfanty ist immer heiter, ruhig, selbstvertrauend und besitzt weiter eine große Autorität in ganz Oberschlesien. Dank seinen Bemühungen haben die Kämpfe aufgehört, was der Interalliierten Kommission die Verhandlungen mit den Aufstandsbehörden einerseits und mit General Hoefer andererseits erleichtert.

Jedoch die Deutschen zeigen keinen guten Willen, so daß augenblicklich von einer Liquidierung des Aufstandes nicht die Rede ist.

Welches sind die Resultate der sechswöchigen Dauer des Aufstandes?

Die Oberschlesier griffen zu den Waffen, weil ihnen ein benachteiligender Beschluß, im englisch-italienischen Antrage enthalten, drohte. **Heut wagt niemand mehr von einer Abtretung von nur Rybnik und Pleß an Polen zu sprechen. Dies ist der erste Nutzen des Aufstandes.**

Weiter zeigten die Oberschlesier der Welt die polnische Kraft in Oberschlesien und bewiesen, daß sie nicht schlimmer als das Herrenvolk regieren, dies ist das zweite Ergebnis des Aufstandes.

Das dritte, vielleicht wichtigste Ergebnis ist der große Fortschritt in der nationalen Aufklärung der Oberschlesier. Ihr Polentum verteidigen sie hartnäckig und haben den Weg der Vereinigung mit dem polnischen Mutterlande betreten.

Von diesem Wege wird sie keine Macht verdrängen. (P. P.)

General Haller über das oberschlesische Problem.

(„Dziennik Slaski", Beuthen, vom 22. Juni 1921, Nr. 114.)

Ein Interview mit General Haller.

Rom, 26. Juli. Der Warschauer Berichterstatter der Zeitschrift „Tribune" hatte ein **Interview mit General Haller.** General Haller hat sein Beileid, infolge der gefallenen italienischen Soldaten ausgedrückt und unterstrichen, daß Polen den Aufständischen nur Lebensmittel liefert. **Dies ist die Pflicht Polens, denn Polen kann es nicht zulassen, daß seine Kinder vor Hunger in Oberschlesien sterben sollen. Polen hält seine Leute stark in den Händen, dies wird aber sehr schwer fallen, falls ein Teil Schlesiens, der für Polen gestimmt hat, nicht an Polen fallen sollte. Der General endete: Ich will keinen Krieg mit Rücksicht auf den Frieden, aber etwas anderes ist ein Krieg, der für das Recht, das mit Füßen getreten wird, geführt wird.** (P. P.)

Der Wunsch der Vater der Gedanken.

(„Gazeta Warszawska", Warschau, vom 23. Juni 1921, Nr. 171.)

Sogar die Engländer und Italiener sind für den Anschluß des Industriegebiets an Polen.

Oppeln, 22. Juni. Die Meinung der englischen und italienischen Kreise in der Interalliierten Kommission in Oppeln neigt sich immer mehr zur Lösung des oberschlesischen Problems im Sinne der Forderungen der polnischen Bevölkerung. **Laut diesen Informationen soll der Industriebezirk an Polen fallen.** Es würde dann nur die Streitfrage betr. die Eisenbahnlinie Pandrzin—Wosowska und Kreuzburg offenbleiben. (P. P.)

Die Insurgentenbehörden gründen weiter eine Miliz mit Einverständnis der Koalitionsbehörden auf Kosten der Hauptregierungskasse in Oppeln.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny", Krakau, v. 25. Juni 1921, Nr. 169.)

Oswiecim, "Orient". Die Insurgentenbehörden in Schoppinitz haben im Einverständnis mit der Interalliierten Kommission der Aushebung der Jahrgänge 1892—1901 für die oberschlesische Miliz angeordnet. Die Organisationsvorschriften und das Statut für die Formierung der Miliz sind bereits ausgearbeitet. Die Milizianten werden nach der Leistung des Eides Funktionäre darstellen, die einen dauernden Sold und Verpflegung auf Kosten der Hauptregierungskasse in Oppeln erhalten. (P. P.)

Noch immer keine Verständigung bei den Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und den Insurgenten.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny", Krakau, v. 25. Juni 1921, Nr. 169.)

Sosnowice. Nach dem „Rekord" ist es in der Sitzung der Interalliierten Kommission zu keiner Verständigung gekommen. Ebenfalls die gestrigen Beratungen in Blottnitz blieben ohne Ergebnis. **Die Kommission hat die Bedingungen zu Ungunsten der Insuregenten geändert, mit denen sie nicht einverstanden sein können.** General Hoefer ist bemüht, die Angelegenheti möglichst hinauszuschieben und konzentriert inzwischen starke Truppenabteilungen im Rayon Kozla-Gora an der tschechischen Grenze. (P. P.)

Systematische Lügennachrichten der Polen.

(„Dziennik Berlinski", Berlin, vom 26. Juni 1921, Nr. 142.)

Sosnowice. „Orient". Die perfide Taktik der Deutschen beruht darin, daß sie langsam, um einen Konflikt mit der Interalliierten Kommission zu vermeiden, ihren Anordnungen Folge leisten und ihre Truppen zurückziehen, sie jedoch in einer anderen Richtung wieder vorschieben. **Der Mangel an Einstimmigkeit in den Anordnungen der Interalliierten Kommission und des entschiedenen unverbrüchlichen Willens von seiten einiger ihrer Vertreter, erleichterte die Lage der Deutschen, die mit beispielloser Frechheit ihre Truppen hinter dem Rücken der Engländer und Franzosen zusammeln.** Die Deutschen konzentrierten bedeutende Streitkräfte im Abschnitt Rosenberg, Proskau und Gleiwitz und verhalten sich weiter aggressiv gegenüber den Insurgenten. (P. P.)

Der unverschämte Ton des „Dziennik Berlinski" gegen die deutsche Regierung in der oberschlesischen Angelegenheit.

(„Dziennik Berlinski", Berlin, vom 25. Juni 1921, Nr 142)

Dieses Blatt veröffentlicht an leitender Stelle in Sperrschrift fett gedruckte folgende Notiz: Die deutsche Regierung hat den Alliierten eine Note übersandt, in der sie nachzuweisen sucht, daß eine militärische Mitarbeit zwischen der polnischen Regierung und den Aufstandsbehörden bestanden hat. **Diese Notiz stützt sich auf die Aussagen von Gefangenen. Wohl hat der deutsche Selbstschutz sich an den Grundsatz gehalten „Keine Gefangenen zu machen", jedoch speziell für die deutsche Regierung hat er einige Gefangene behalten. Jeder objektiv die Sache Beurteilende** sieht darin ein offenes Land in Handarbeiten der deutschen Regierung und Unterstützung der Aktion des Generals Hoefer aber, **die Deutschen sehen wie gewöhnlich ihre eigenen Sünden nicht.** Uebrigens hat die polnische Regierung für die Unterstützung der Aktion Hoefer durch die deutsche Regierung und die offiziellen deutschen Institutionen übergenug Beweise und bedarf nicht der erzwungenen Aussagen von seiten der Gefangenen. **Außerdem hat General Nollet, der gestern bei Briand war, auf Grund seiner Erfahrungen über Deutschland in der richtigen Weise die deutsche Note eingeschätzt.** (P. P.)

Die Polen versuchen die Westmächte weiter mit dem Ausbruch des Bolschewismus und damit verbundenen Vernichtung der Industrie, für den Fall einer Angliederung des Industriebezirkes an Deutschland zu drohen.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny", Krakau, v. 25. Juni 1921, Nr. 160.)

Ein einziges „ehrliches" Spiel.

Alle Beratungen der Alliierten gehen auf eine „Beruhigung" Oberschlesiens hinaus. **Der bisherige Verlauf dieser Bestrebungen weist auf die Tatsache hin, daß die Unternehmen zu Schaden der kämpfenden Aufständischen und somit auch der Gesamtheit der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens erfolgt, da die Garantien, welche die Kämpfenden verlangten, nicht zugesichert worden sind. Die Folgen dieser Politik können nicht nur für die Zukunft Polens, für das weitere Schicksal Oberschlesiens, sondern auch für ganz Europa verderblich sein.** Die elementare Aufstandsbewegung, die alle Anzeichen einer nationalen und sozialen Revolution besitzt, kann sich in ein durch nichts aufhaltbaren Ausbruch der Ledienschaft verwandeln, die heutigen sozialen Verhältnisse umzustürzen, dank denen die kämpfenden Oberschlesier Gegenstand der sozialen Ausbeutung und der nationalen Bedrückung werden sollen. **Schon heut äußert sich unter den Kämpfenden das Bestreben, Trümmerhaufen dem Feinde zu überlassen, der ihnen dank der Mitarbeit der feindlichen Diplomatie die mit Blut eroberte Freiheit entreißt.**

Die Kämpfenden werden sich über die Tatsache klar, daß mit dem Augenblick der Rückkehr der Deutschen nach Oberschlesien ihre nationale und soziale Existenz zerstört werden wird. Es ist selbstverständlich, daß die Deutschen, die nicht wollen, daß in Zukunft blutige und viblutige Volksabstimmungen zugunsten Polens stattfinden sollen, mit legalen und illegalen Mitteln dahin streben werden, Oberschlesien zu entnationalisieren und endgültig zu germanisieren. Die Kämpfenden wissen, daß sie der Arbeitsstätten auf dem Lande und in den Fabriken beraubt sein werden, daß das planmäßig nach Oberschlesien geschickte Element sie bei Unterstützung der deutschen Kapitalisten und der gut organisierten Verwaltung, sie von ihren heimatlichen Herden vertreiben wird, und daß in die von ihnen heute noch eingenommenen Werkstätten diejenigen einzieben werden, die gut bezahlt wie die Heuschrecken über das Land herfielen, und in der Zeit der Volksabstimmung die rechtmäßigen Besitzer dieses Landes überstimmten.

Die Kämpfenden wissen, daß die Deutschen zu ihren Diensten eine gut organisierte Verwaltung haben, daß ein gehorsames Werkzeug bei der Germanisierung Oberschlesiens der Pfarrer, der Gendarm, der Lehrer und der Polizist, der Beamte und der Richter sind.

Die Kämpfenden wissen, daß sie für den dreifachen bewaffneten Aufstand sehr teuer werden bezahlen müssen, und wenn man heut entgegen den göttlichen und menschlichen Gesetzen ihnen Gerechtigkeit abspricht, wer wird sie ihnen später zusprechen, wenn nach dem Willen der schacherndem Diplomatie die deutschen Besatzungsgruppen in Oberschlesien einzieben werden.

Heut kämpfen über 200 000 Leute offen gegen die neue Sklaverei und es gibt kein polnisches Haus in Oberschlesien, das unmittelbar mit ihrer Bewegung nicht verbunden wäre. Der Bauer und der polnische Arbeiter wissen, was sie und ihre Familien nach der Rückkehr der früheren „Gewalt" nach Oberschlesien erwartet.

Wenn Lloyd George heute herausfordernd vor der ganzen Welt sagt, daß die polnische Bevölkerung in Oberschlesien ein Zuflußelement ist, wer verteidigt sie dann, wenn die Deutschen im Sinne dieser Aussagen dieses „Zuflußelement" in das Innere Deutschlands in geziemender und ungeziemender Weise ververpflanzen werden.

Es gibt eine Reihe von Ursachen, für welche das polnische Volk Oberschlesiens verzweifelt gegen die Rückkehr der früheren „Gewalt" auf seine mit Blut und Tränen benetzte väterliche Scholle kämpft. In erster Reihe spielen hier nationale Gefühle eine große Rolle, die kraft der Dinge sich mit dem Wohlstand und dem persönlichen Glück der Millionen von Menschen des polnischen Volkes sich verflochten haben.

Indem die Diplomaten vollendete Tatsachen zu Ungunsten der kämpfenden Aufständischen schaffen, müssen sie sich dessen bewußt werden, daß sie zu Totengräbern der so bewunderungswürdig um ihre Freiheit Kämpfenden werden, daß sie die Fackel eines neuen europäischen Krieges unter das angehäufte Sprengmaterial werfen. Die Erreger des Bolschewismus, die heute auf den ehemaligen Staat der Zaren beschränkt sind, werden unter diesen zu allem entschlossenen Menschen einen ergiebigen Boden finden, von hier aus werden sie die Kraft ihrer vernichtenden Tätigkeit nach dem Westen werfen, um in dem Trümmerhaufen seine Zivilisation zu begraben und die Grundlagen der heutigen sozialen Ordnung in Blut zu tauchen. In wessen Interesse liegt es, eine eiternde Wunde den nach Millionen zählenden Scharen der Heloten des deutsch-englischen Kapitals zu schlagen?

Das beste Mittel zur Beruhigung Oberschlesiens wird ein vollständiges Ausmaß der Gerechtigkeit für seine Einwohner sein. Dies ist das einzige „ehrliche Spiel", alles andere ist ein Unrecht am polnischen Volke, das in Oberschlesien ansässig ist und eine internationale Erpressung. **Dies müßten die Diplomaten beachten, die neue Abteilungen von Militär nach Oberschlesien senden, damit die Verzweiflung nicht zur Ursache neuen Unglücks, neuer Kämpfe und Aufstände werde.** Das einzige „ehrliche Spiel" ist der Triumph der Gerechtigkeit. (P. P.)

Polen gegen das Projekt des Grafen Sforza.

(„Dziennik Slaski", Beuthen, vom 23. Juni 1921, Nr. 141.)

Die deutsche Gefahr wollen die Italiener auf Polen herabbeschwören.

Paris, 20. Juni. Der Pariser „Matin" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Herrn Stanislaw Grabski, welcher erklärte, daß er nach Paris von der polnischen Regierung entsandt wurde, um mit der französischen Regierung Ansichten über die gegenwärtige Lage in der oberschlesischen Frage auszutauschen. Außerdem hatte die Reise des Herrn Grabski die Anknüpfung einer Beziehungen zwischen dem polnischen Landtag, insbesondere der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, deren Vorsitzender er ist und den französischen parlamentarischen Kreisen zum Zweck.

Der Mitarbeiter des „Matin" befragte Herrn Grabski um seine Ansicht über das Projekt der Teilung Oberschlesiens, das vom italienischen Minister des Aeußeren vorgeschlagen wurde.

„Dieses Projekt — erklärte Herr Grabski, ist schon ein Schritt vorwärts im Vergleich mit der englischen These. Jedenfalls entspricht es noch nicht den Anforderungen der Gerechtigkeit und bildet keine aufrichtige Anwendung des Versailler Vertrages bei den Ergebnissen der Volksabstimmung. Es überläßt den Deutschen eine Reihe von Bezirken, wo die Mehrheit sich für Polen ausgesprochen hat. Dies wäre nach den Worten des Grafen Sforza eine Kompensation für die deutschen Enklaven in Kattowitz (Stadt), Königshütte und Beuthen (Stadt), die bei Polen verbleiben. Man darf nicht vergessen, daß diese deutschen Enklaven das Produkt der germanisatorischen Politik Preußens sind, während die Stimmen, die für Polen gefallen sind, von Bürgern abgegeben wurden, die aus diesem Lande stammen.

„Laut der deutschen amtlichen Statistik, sagte weiter Herr Grabski, würde das Projekt des Grafen Sforza den Deutschen gegen ½ Mill. Polen überlassen. **Eine ähnliche Auslegung des Volksabstimmungsergebnisses würde die historische Ungerechtigkeit billigen und würde weit entfernt sein davon, den Polen Genugtuung zu verschaffen. Außer diesen ethnographischen Rücksichten verursacht das Projekt des Grafen Sforza noch gewisse Vorbehalte, vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet.** Der Bezirk Hindenburg, den Graf Sforza den Deutschen überlassen will, produziert selbst zwei Drittel der Kohle des ganzen oberschlesischen Kohlenbeckens, aus welcher Koks hergestellt wird. **Eine endgültige Zuerkennung Hindenburgs an Deutschland würde auf diese Weise die ganze polnische Industrie von Deutschland abhängig machen.** Es besteht noch weiter der Bezirk Gleiwitz, der ebenfalls auf Grund der vom Grafen Sforza vorgeschlagenen Demarkationslinie auf deutscher Seite verbleiben soll. Die Stadt Gleiwitz ist der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt in Oberschlesien. **Diesen Knotenpunkt den Deutschen zuzuerkennen, würde vom strategischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus eine ständige Gefahr für Polen bilden.** (P. P.)

Der Beginn der Liquidierung des Aufstandes.

(„Dziennik Slaski", Beuthen, vom 23. Juni 1921, Nr 141.)

Standort, 21. Juni. Die Liquidierung des Aufstandes hat schon begonnen; **heute um 8 Uhr abends haben die aufständischen Truppen mit dem Rückzug begonnen. An Stelle der wegziehenden Truppen verbleibt die Miliz. Die verlassenen Gebiete besetzen die Koalitionstruppen.** (P. P.)

Polnische Lügennachrichten über angebliche deutsche Angriffe.

(„Dziennik Slaski", Beuthen, vom 23. Juni 1921, Nr. 141.)

Die Deutschen schießen weiter.

Standort, 22. Juni. In der Nacht zu Montag haben die Deutschen im südlichen Abschnitt in der Umgegend von Rosenberg einige polnische Dörfer bombardiert. Es muß bemerkt werden, daß der Ueberfall in der sogenannten neutralen Zone verübt wurde. (P. P.)

(„Kurjer Warszawski", Warschau, vom 24. Juni 1921, Nr. 171.)

Die Zeitung berichtet aus Sosnowice, daß die Deutschen Koalitionstruppen in Labentschütz und Izbic, zwischen Groß-Strehlitz und Oppeln, in Rakibor und verschiedenen anderen Stellen überfallen haben. Die Koalitionsbehörden befassen sich mit obiger Angelegenheit. (P. P.)

Kurze Nachrichten.

Die verzweifelte finanzielle Lage der Stadt Warschau dank der polnischen Wirtschaft.

(„Kurjer Polski", Krakau, vom 21. Juni 1921, Nr. 165.)

Die verzweifelte finanzielle Lage Warschaus.

Die Steuern der Stadt Warschau bringen 60 Millionen Mark monatlich ein. Die Ausgaben aber allein für das Personal betragen 135 Millionen. Dieser Zustand, der seit einer längeren Zeit dauert, schafft für die Stadt eine verzweifelte Lage.

Präsident Drzewiecki, an den wir uns um Informationen gewandt haben, hat in dieser Sache folgendes erklärt:

Am 27. April d. Js. wandte ich mich an den Präsidenten mit einem Brief, in dem ich erklärte:

Die finanzielle Lage der Stadt Warschau ist sehr kritisch und wird mit jedem Tage schlimmer.

Die Stadtkasse, die mit großen Ausgaben, die für die Bedürfnisse der Stadt und ihre Institutionen nötig sind, belastet ist, hat seit Beginn des Krieges nicht die bestimmten Einnahmen. **Das Verstopfen der Löcher von Tag zu Tag auf dem Wege der Anleihe und des Aufschubes in der Zahlung der rückständigen Forderungen oder Nichtzahlung der Regierung für die der Stadt gelieferten Produkte kann nicht fortgesetzt werden.** (P. P.)

Bezeichnende Feststellung der polnischen Staatsbeamten. Die Staatsbeamten in Polen zählen zu der am schlechtesten besoldeten sozialen Schicht in Polen.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny", Krakau, v. 21. Juni 1921, Nr. 165.)

In Krakau fand gestern eine Sitzung der Staatsbeamten sämtlichen Kategorien statt, in der u. a. die Delegierten aus der Provinz feststellten, **daß die Lage der Staatsbeamten zu den schlechtesten zählt;** sie forderten von der Regierung die Erfüllung ihrer gerechten Postulate und machten die Regierung für die evtl Folgen, die eine Nichterfüllung nach sich ziehen würde, verantwortlich. (P. P.)

Ausweisung deutscher Stadträte aus Bromberg.

(„Dziennik Poznanski", Posen, vom 26 Juni 1921, Nr. 126.)

Bromberg, E. E. Stadtrat Kulisch in Bromberg erhielt gestern einen fristlosen Urlaub, damit er sich einen neuen Posten in Deutschland sucht. Die hiesige Bevölkerung hat obige Nachricht mit großer Freude aufgenommen, da Kulisch einer des größten Gegner der Polonisierung Brombergs war. Als Beweis dient der Fall, daß in Bromberg von 75 Beamten der Steuerabteilung nur 5 Polen waren. (P. P.)

Der Schmutz in der Hauptstadt Polens.

(„Gazeta Warszawska", Warschau, vom 23 Juni 1921, Nr. 171.)

„Gazeta Warszawska" klagt, daß in Warschau, im Zentrum der Stadt, in der Krakauer Vorstadt 11 die Bürgersteige seit über zwei Wochen nicht gesäubert wurden, daß vor der Stadtkommandantur große Müllhaufen liegen, die die Luft in weitem Umkreise verpesten (P. P.)

Die rechtsstehende Presse über die Unruhen in Bromberg.

(„Gazeta Warszawska", Warschau, vom 23 Juni 1921, Nr. 171.)

Unter der Ueberschrift: „Wem ist dies nötig?" schreibt die „Gazeta Warszawska" folgendes: **Seit einigen Tagen ist Bromberg der Schauplatz von Unruhen, angesichts welcher sich die Deutschen vor Freude die Hände reiben. Sie treten Europa genenüber in der Rolle der bedrückten Minderheit hervor und erklären außerdem der Welt, indem sie aus Verzweiselung ihre Kleider zerreißen: Wollt ihr diesen Polen Oberschlesien geben, den Hort der europäischen Industrie; seht, in diesem Polen herrscht der Kommunismus.** (P. P.)

Die Errichtung einer Radiotelegraphenstation in Kowno.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny", Krakau, v. 24. Juni 1921, Nr. 168.)

Warschau. In Kowno wird an dem Bau einer mächtigen Radiotelegraphenstation, die auf einer Distanz von 2000 Klm. wirksam sein kann, gearbeitet. Die Arbeiten führen die Deutschen. (P. P.)